

Zweite Abstimmung gesichert Seite 2

Die Volksfront an der Saar stümt Seite 3

Die verlorene „Reichsschlacht“ Seite 4

Keine Entmannung bei homosexueller Veranlagung Seite 7

Am Grab des braunen Sozialismus

Schachts Verordnung für die Bank- und Börsenfürsten — Bestätigung des hochkapitalistischen Kurses

Berlin, 3. Dezember
Reichswirtschaftsdiktator Schacht hat eine Verordnung über den Aufbau der gewerblichen Wirtschaft erlassen. Diese Verordnung stellt den Versuch einer organisatorischen Zusammenfassung der Unternehmerschaft dar, die zur Wahrung ihrer Interessen eine gemeinsame Vertretung in der neu zu schaffenden Reichswirtschaftskommission haben wird.

Nachlich wird die gewerbliche Wirtschaft in einer Reichsgruppe der Industrie, in Hauptgruppen und in den Reichsgruppen Handwerk, Handel, Banken, Versicherungen und Energiewirtschaft zusammengefaßt. In den Hauptgruppen der Industrie und den Reichsgruppen der übrigen gewerblichen Wirtschaft werden Wirtschaftsgruppen gebildet, die sich nach Bedarf in Fachgruppen und Fachuntergruppen gliedern. Bezüglich wird die gewerbliche Wirtschaft in Wirtschaftsbezirken zusammengefaßt. Wirtschaftsgruppen, Fachgruppen und Fachuntergruppen können sich bezüglich untergliedern, wenn ein zwingendes wirtschaftliches Bedürfnis besteht, einen bestimmten Wirtschaftszweig für einen Wirtschaftsbezirk oder innerhalb eines solchen zusammenzufassen. Auf Anordnung des Reichswirtschaftsministers können Fachuntergruppen und Zweigstellen mit Industrien und Handelskammern verbunden werden. Gruppen verwandter Wirtschaftszweige können Arbeitsgemeinschaften bilden. Die Wirtschaftsgruppen, ihre selbständigen Fachgruppen, Fachuntergruppen, bezirkliche Gruppen sowie Bezirksgruppen haben die Stellung von rechtlichfähigen Vereinen.

Wir haben in letzter Zeit wiederholt auf die großen Gegensätze hingewiesen, die innerhalb der nationalsozialistischen Führung über die weitere Gestaltung der Wirtschaftspolitik bestehen. Besonders hart sind sie zwischen dem Wirtschaftsdiktator Dr. Schacht, der die Interessen der Bank- und Börsenfürsten vertritt, und dem radikalen Finanzminister Dr. Goerdeler, der den Reichsdröhrhand führt. Der Gegenstand zwischen den beiden Akteuren offenbarte sich vor allem bei der Ernennung Dr. Goerdelers zum Reichswirtschaftsminister. Auf der Reichsbauernversammlung in Goslar haben Dr. Goerdeler und seine nächsten Mitarbeiter deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie der Tätigkeit des Dr. Schacht Mißtrauen entgegenbringen, weil der Preisminister den zahnlosen Versuch gemacht hat, auch die Preise für Agrarprodukte zu senken. Vorläufig ist dieser Versuch von dem mächtigen Reichsdröhrhand mit Erfolg abgewehrt worden.

Inzwischen setzt Dr. Schacht seine hochkapitalistische Politik unermüdet fort. Denn die führenden Unternehmerräte bilden nach wie vor sehr unzufrieden. Die Zeitschrift „Der Volkswirt“ schrieb in diesen Tagen folgendes:

„Man glaubt sich vielfach auf den abschüssigen Weg wirtschaftlich untragbarer Inanspruchnahme verurteilt und sieht sich, wo die alten Arbeitgeberverbände mehr oder weniger freiwillig aufgeben und die neuen ständischen Organisationen noch nicht geschaffen sind, vergeblich um Hilfe an. So wird die Arbeiterklasse um ihre Verlässlichkeit und die Landwirtschaft um eine Organisation beneidet, die ihren sämtlichen Angehörigen ausreichende Preise garantiert. Dazu droht jetzt Goerdeler nach mit dem Kahlhirschen oder überhaupt Aufhören der Kartelle. Auf der einen Seite also greift die Arbeiterfront die Löhne an und auf der anderen Seite Preisdiktator Goerdeler die Preise. Die Sorgen sind zahlreich. Steuern, Rohstoffe, Preise, Abfall, Export, Verbands-

wesen, jedes ein Problem für sich. Dabei hat in diesen unwägen Zeiten mancher das Gefühl, seiner Zukunft nicht sicher zu sein. Die Bereitwilligkeit, sich der Forderung des Nationalsozialismus zu stellen: Scharfe Auslese nach Gesinnung und Leistung, ist vorhanden. Woran es fehlt, ist Vertrauen, immer wieder Vertrauen, beim Unternehmer zu sich selber und bei Staat und Volk zum Unternehmertum.“

Es gibt zu denken, daß ein zensiertes Blatt eine solche offene Sprache wagt. Typisch für die Schwierigkeiten, die trotz aller Begünstigungen dem Unternehmertum durch die Willkür einzelner nationalsozialistischer Führer drohen, war die kürzlich in Bayern durch den Minister Esser angeordnete Senkung des Bierpreises, verbunden mit der Abgabe an der Steuerentlastungswünsche dieser Industrie. Gerade diese Tatsache, daß Esser eine Bierpreissenkung gegen den Wunsch der Industrie anbefohlen hat, steigerte die Unzufriedenheit bei den Unternehmern noch mehr. Die verschiedenen Industrieverbände haben beim Reichswirtschaftsminister wegen dieser Maßnahme Essers Einspruch erhoben, weil sie darin ein Symptom für die weitere Gestaltung der Preispolitik erblickten. Die Unternehmerverbände erklärten, daß eine derartige Einmischung amfälliger Stellen in die Preisgestaltung, wie sie in Bayern bei der Bierpreissenkung vorkam, die Interessen der Unternehmerschaft auf schwerste Weise schädige.

Es zeigt sich an diesem Beispiel wieder einmal, daß die Politik der „Volksgemeinschaft“ auf kapitalistischer Basis ein Hindernis ist. Man kann nicht auf der einen Seite der Landwirtschaft zuliebe die Preise erhöhen und auf der anderen Seite eine Preisentlastungsvorhaben. Man kann nicht den Export fördern wollen und zu gleicher Zeit durch eine wahnwitzige Zölnpolitik der Ausfuhr den Todesstoß versetzen. Man kann nicht auf der einen Seite in verantwortungsvoller Weise eine Arbeitsbeschaffung inszenieren und zu gleicher Zeit das Niveau der Reichsmark halten. Und man kann nicht die Löhne drücken und gleichzeitig erwarten, daß die Arbeiterklasse zufrieden ist, und man kann ebenso nicht den Unternehmern große Profite gewähren und gleichzeitig, wenn es schief geht, amtlich eine Preisentlastung für Vertikalarbeiter bei Aufrechterhaltung der überhöhten Rohstoffpreise befehlen.

Die neue Verordnung Schachts stellt den verzweifeltsten Versuch dar, in diesem wirtschaftlichen Wirrwarr die Position des Unternehmers zu stärken. Mit der Schaffung der Reichswirtschaftskammer erhalten die Unternehmer eine selbständige Vertretung, wo sie ihre Interessen gegenüber den Interessen der Landwirtschaft auf wirksame Weise vertreten können. Die neue Verordnung, zu der Hitler seinen Namen gesetzt hat, bedeutet einen Sieg des kapitalistischen Gedankens, über das totalitäre Anschauungsmaß der Hitlerbewegung. Der „Anstößler“ Reder ist längst abgeballert worden, von Anstößern ist keine Rede mehr. Dafür können die Bank- und Börsenfürsten, die Gruppe und Thesen, die Väter der arabischen Ponzen triumphierten.

Die neue Verordnung bedeutet auch einen vorläufigen Sieg Schachts über Dr. Goerdeler und führt vor dem ganzen Volke den Nachweis, daß die führenden Männer des „Dritten Reiches“ ihrem obersten Programmpunkt, dem Sozialismus, was sie darunter verstanden, offiziell nicht einmal ein leichliches Verrätnis bereiten können.

Sie hatten auf den Aufbruch gehofft, auf die Erfüllung der braunen Versprechungen. Jetzt verlangt man nichts als Opfer von ihnen. Dabei müßte man, so meinte Goebbels, immer bedenken, was schon für Taten vollbracht worden seien:

„Nur und gut: wir haben auf dem Gebiet der Sozialfürsorge getan, was wir überhaupt nur tun konnten. Das alles haben wir getan in einer Zeit, in der die Welt in tiefsten Arken verlagert war, in einer Zeit, in der andere Länder von schweren Erschütterungen heimgegriffen wurden. Könige und Politiker ermordet wurden und Kabinette sah monatlich kommen und gehen.“

Zortsetzung siehe 2. Seite.

Erlebnisse in spanischen Gefängnissen

Von Ilse Wolff

In den Tagen der revolutionären Kämpfe in Spanien, am 7. Oktober, wurde unsere blühende spanische Korrespondentin Ilse Wolff von der Madrider Polizei verhaftet. Ihr Schutzengel war Hans Theodor Joel, der Vertreter einer Reihe nordlicher Blätter. Nach mehrwöchiger Haft (erst in Madrid, dann in Barcelona) erlangten beide, nachdem die Weltöffentlichkeit alarmiert worden war, ihre Freiheit wieder. Ilse Wolff wurde ausgewiesen und lebt jetzt in Paris. Sie schreibt uns einen langen, sehr erregenden Bericht über ihre spanischen Gefängnis-Erlebnisse. Wir entnehmen ihm einige Partien, die für sich selbst sprechen mögen.

Redaktion der „Deutschen Freiheit“.

Meine Verhaftung

Während der Nacht vom 6. zum 7. Oktober war heftig in Madrid geschossen worden. Von meinen Fenstern aus hörte man das Knattern der Maschinengewehre und das schneidende Einschlagen von Pistolenkugeln. Der Kriegszustand war verhängt worden.

Am Morgen des 7. Oktober, Sonntag früh, beschloßen der Korrespondent von „Politiken“, Hans Joel und ich, nach Cuatro Caminos herunterzufahren, um uns persönlich über die nächtlichen Vorgänge zu informieren. Vor dem Polizeipräsidium standen zwei lange Schlangen von etwa je 500 bis 1000 Menschen. Alle warteten auf den Passierschein. Es war gegen 1 Uhr mittags. In einer dieser Schlangen zu warten, hätte für uns den Zeitverlust von zumindest 6 Stunden bedeutet. Wir mußten versuchen, einen anderen, schnelleren Weg zu finden, um ungehindert durch die Stadt fahren und exakte Nachrichten sammeln zu können.

Gegen 3 Uhr fuhren wir zur Polizeidirektion. Der Sekretär des Direktors bat uns, einen Moment zu warten. Nach einer geräumigen Weile erschien ein anderer Beamter mit unseren Ausweisen und ersuchte uns, ihm in ein anderes Zimmer zu folgen. Er fragte, wie lange wir in Spanien seien und wo wir uns aufgehalten hätten. Als ich meine Wohnung angab, erklärte er, daß ich dort nicht wohnte und zeigte mir eine Kartothekarte, die zwar auf den Namen Wolff lautete, aber einer Frau Elia Wolff gehörte, mit der ich bereits des öfteren verwechselt worden war. Der Polizeibeamte wollte sich aber durchaus nicht davon überzeugen lassen, daß meine Person nicht seiner Kartothekarte entspräche. Unter Bewachung eines jungen Beamten ließ er uns, trotz unserer Proteste, zurück. Nach etwa zwei Stunden erschien er wieder, triumphierend: „Sie sind Kommunisten! Wir haben lauter kommunistische Literatur bei Ihnen gefunden!“ Meinen bescheidenen Hinweis darauf, daß ich seit meines Aufenthaltes in Madrid, also seit 1932, der dortigen Sozialistischen Partei angehörte, belächelte er nur lächelnd: „Sie sind uns bereits von deutscher Seite als Kommunistin gemeldet. Wir wissen auch, daß Sie sich während der letzten Wahlen als Kandidatin zur Parlamentsabgeordneten haben aufstellen lassen.“ Außerdem habe man in meinem Schreibtisch eine Reihe von Ausweisen, u. a. Gewerkschafts- und Parteibuch gefunden, man habe aber nur einige Artikel und Manuskripte mitgenommen. „Bitte kommen Sie noch einen Augenblick mit“, meinte der Beamte. Man führte uns ins Erdgeschoß, wo ein anderer Beamter zwei Zettel ausfüllte. „Sind wir verhaftet?“ erlaubte ich mir jetzt zu fragen. Der Beamte antwortete nicht, suchte nur die Akten.

Zwei Minuten später befanden wir uns in einem durch eine Eisentür abgeschlossenen Gang, der in die Kellerräume der Präsektur führt. Joel mußte sich von mir verabschieden. Man führte mich durch einen schmalen Korridor.

Ich befand mich in einem Raum von etwa 24 Quadratmeter, an dessen einer Länge- und zwei Quermänden Holzbank ohne Lehnen standen. Von der hinteren Längswand aus führten zwei Zellen ab, die je für zehn Personen Platz bieten. Von Kritikern keine Rede.

Goebbels als Nikolaus

Aber sein Sack ist leer

Sucht man nach untrüglichen Stimmungsbaremometern aus dem „Dritten Reich“, so muß man sehr die Reden des Herrn Goebbels genau nachlesen. Er hat in diesen Tagen in den Messehallen in Zetteln gesprochen, so bekümmert, so lahm, und so ohne propagandistische Kräftentfaltung, daß man aus jedem Satz erkennen konnte, wie schlecht es den braunen Herrschenden geht.

„Manche wollen heute nichts sehen, daß auch diese Zeit ihre Schönheiten besitzt, doch man nur Augen haben muß, um sie zu sehen und zu finden.“ So begann Goebbels. Das Unglück will, daß die Untertanen des Diktators selbst bei redlichsten Bemühen solche „Schönheiten“ nicht mehr entdecken können.

Nach der Boden, auf dem zu jener Zeit jedoch große Pakete beschlagnahmter Arbeiterzeitungen noch einen guten Zweck erfüllten, ihre Leser gegen die Kälte und die Motten zu schützen. Die Zellentür war halb angelehnt, etwa 30 Personen befanden sich in dem engen Raum. Hier verbrachte ich 11 Tage. In jener Nacht war ich das einzige weibliche Wesen. In der Zelle, die halb offenstand, befanden sich u. a. einige Genossen, die mich kannten. Sie brachten mir Schwaren und Zigaretten und gaben mir einen Mantel, damit ich nicht allzusehr fröre in meinem Sommerkleid. So gut es ging, machte ich mir auf einer der Bänke „bequem“. Von Schlafen war natürlich keine Rede. Immer wenn ich gerade am Einschlafen war, weckten mich Klopfsteine und Stöhnen.

Elf Tage im Keller der Polizeidirektion

Eine junge Genossin, Schneiderin, die zu ihrem Mann auf der Straße gesagt hatte: „Sei aber kein Streikbrecher!“ und von einem Agenten, der diese Worte hörte, kurzerhand mitgenommen wurde, blieb 10 Tage. Carmen, ein Mädchen, das eine Rundreise gemacht hatte und deshalb als „gefährlich“ galt, blieb 9 Tage. Aber immerhin: Joel und ich schlugen den Rekord. Die Räume füllten sich zum Ersticken. Man lagerte, wo man nur konnte, auf Bänken, dichtgedrängt, auf dem Steinfußboden, und nachts schichteten wir ein paar Lagen Zeitungen übereinander, krochen zusammen und versuchten zu schlafen, immer wieder von neuen Zugängen oder Abtransporten unterbrochen. Nach ein paar solchen Nächten hatte ich eine schwere Grippe und Halsentzündung. Als ich nach einem Arzt verlangte, antwortete man mir: „Bedauerlicherweise ist er, aber ob er kommt, ist eine andere Sache.“ Er kam auch nicht.

Es war uns strengstens untersagt, auch nur die geringste Nachricht nach außen von unserem Aufenthalt gelangen zu lassen. Alle übrigen Gefangenen erhielten von ihren Angehörigen Essen, Wäsche, Decken, Geld usw. Als man jedoch nach uns fragte, wurde kategorisch erklärt: „Kennen wir nicht, sind nicht hier, — haben auch keine Zeit, nachzuforschen.“ Der dänische Konsul bemühte sich um Joel — ohne Erfolg. Als sich Clara Campoamor, die Direktorin des Wohlfahrtswesens, nach mir erkundigte, erklärte man ihr: „Ein verlorener Fall, man hat sie mit der rauchenden Pistole in der Hand festgenommen.“ Einer der Freunde des Staatspräsidenten, ein General, setzte sich ebenfalls für mich ein, auch ihm erzählte man ein ähnliches Märchen.

Als per Zufall jener junge Beamte, der uns während der Hausdurchsuchung seiner Kollegen bei uns Gesellschaft geleistet hatte, im Keller erschien und von Joel gefragt wurde, „warum wir eigentlich hier seien“, war er völlig fassungslos. „Das ist eine deutsche Angelegenheit, die hat mit hier nichts zu tun!“ erklärte er schließlich.

Später, im Gefängnis, erfuhr ich durch die Anwältin Concha Penna, daß von „deutscher behördlicher Seite“ seit der Ministerzeit Salazar Aloncos gegen mich, als eine „gefährliche Revolutionärin“, eine Anzeige vorläge.

Schluss folgt.

Goebbels als Nikolaus

Fortsetzung von Seite 1

Wir finden das wirklich kurz und gut. Herr Goebbels hat Sinn für die feinen Unterschiede, die den Begriff des Nordes fragwürdig machen. Was für ausländische und nicht-arische Untermenschen Nord ist, das ist für ihn rechtens, wenn der Befehl vom „moralischen Gesetzgeber des deutschen Volkes“ gekommen war. In andern Ländern sind die Minister so minderwertig, sich mit ihren Gegnern in den Parlamenten auseinanderzusetzen und abzutreten, wenn sie keine Mehrheit mehr haben. Wer aber keine Gegner ferienweise umbringen läßt, der ist, darin mühen wir Herrn Goebbels recht geben, vor „schweren Erschütterungen“ geschützter als diejenigen, die sie am Leben lassen.

Besonders bemerkenswert waren dann einige Bemerkungen des Herrn Ministers zur Kirchenfrage:

„Die Kirche glaube, daß wir uns als Reformatoren aufspielen wollten. Nichts, was uns fernere liegt. Wir sind keine Reformatoren. Wir sind politische Revolutionäre. Wenn die Kirche weiterhin das Bedürfnis habe, ihre Streitigkeiten vor dem deutschen Volke zu erörtern, und auch nicht davor zurückzublicken, im Angesicht der Öffentlichkeit ihre schmutzige Wäsche zu waschen, dann nur unter zwei Bedingungen: erstens daß darunter der Staat keinen Schaden leidet, und zweitens daß nicht in unseren Versammlungssälen, sondern in ihren Kirchen, im Angesicht ihres Gottes, wenn sie den Mut dazu haben.“

Wir haben nicht den Ehrgeiz, auf ihre Kanzeln zu steigen, aber wir würden auch nicht, daß sie auf unsere Rednertribünen kommen. Denn da haben sie nichts verloren. Ein 60-Millionen-Volk kann nicht 28 Landeskirchen haben. Es ist an der Zeit, diese 28 Landeskirchen zu einer großen Reichskirche zu vereinigen. Wir haben geglaubt, daß das reibungslos vor sich ginge. Denn es war nur zum Guten und Nutzen der Kirche erdacht gewesen. Es ging uns um große christliche Aufstände. Wir haben gehofft, daß sie uns einen Teil der Arbeit und Sorge abnehmen würde. Sie hat es nicht getan, sondern ist sich in dogmatischen Disputen ergangen. Ich frage euch: Wäre es nicht besser von der Kirche gewesen, wenn sie in dieser Zeit größter Umwälzung statt dogmatischer Disputen innere Belebung der weltlichen Kräfte gegeben hätte?“

Das ist, gesprochen im protestantischen Stile, eine sehr eindringliche Stellungnahme zum Kirchenstreit. Goebbels nimmt Partei für die Zentralkirchenregierung des Herrn Reichsbischofs Müller. Er verleugnet die evangelische Freiheit, die von den Gemeinden ausgeht, und droht den „dogmatischen Disputen“. Der Katholik Goebbels steht, als echter Renaissance-Mann, hoch über Glaubensfragen und Stimmgebungen. Er will eine Reichskirche als sicheres Wächterinstrument des „dritten Reiches“, und sonst gar nichts. Nicht alle Minister, am wenigsten der „Nährer“, sprechen das so deutlich aus, auch wenn sie das gleiche Ziel haben.

Am Schluss wurde Goebbels wieder ganz sorgenvoll. Sein Himmel ist zahlreicher als je von Rögglern und Wiedmachern bevölkert. Er will bis Weihnachten die sozialen Wunden der Kermis „wenigstens zur Vernunft bringen“ zu bringen suchen. Nicht müde werden — so sprach er zu längst müde gewordenen Leuten. Sie sollen an die Aufgaben des Tages herantreten, auch wenn sie „trav und romantisch“ seien.“

Status quo — keine endgültige Lösung Lavals neue Saar-Erklärung

Paris, 3. Dezember.

Von unserem Korrespondenten

In diesen politischen Kreisen meint man, daß durch Lavals neuerliche Erklärung zur Saarfrage die Lage wesentlich geklärt sei. Der französische Außenminister habe deutlich zu erkennen gegeben, daß Frankreich durch das halb-diplomatische Spiel des Herrn von Ribbentrop sich nicht aus dem Konzept bringen und von dem bisher eingeschlagenen Wege abbringen lassen werde. Wie Barthou dies vor Monaten ausgesprochen habe, so sei auch sein Nachfolger der Auffassung, daß eine Entscheidung über den Status quo am 13. Januar nicht die endgültige Trennung von Deutschland bedeute. Die Saarbevölkerung brauche nur später einmal den Wunsch auszusprechen, daß sie wieder der deutschen Volksgemeinschaft sich anschließen wolle, dann werde der Völkerrundrat über die Erfüllung dieses Wunsches entscheiden, und Frankreich werde sich dem nicht widersetzen.

Man ist sich hier im klaren darüber, daß Lavals Erklärung in Hitlerdeutschland keine freundliche Aufnahme finden werde. Dagegen hat man doch gehofft, durch den Verständigungsnebel, den man in den letzten Wochen habe aufsteigen lassen, auch die französische Außenpolitik vernebelt zu haben. Dieses Spiel habe man bis zum 13. Januar fortsetzen wollen, um dann zu sagen, wenn das Abstimmungsresultat Hitler günstig gewesen wäre, man stehe vor einer neuen Situation und brauche Frankreich gar nicht. Man rechnet hier damit, daß nun erst recht die Hitlerregierung ihre Veruhigungsversuche fortsetzen wird, um über die französischen Frontkämpferorganisationen auf den Quai d'Orsay einzuwirken. Bezeichnend dafür ist ja auch die Tatsache, daß Herr von Ribbentrop bei seinem jüngsten Besuch in Paris nur mit Vertretern der rechtsgerichteten Frontkämpferorganisationen Gespräche geführt hat, während er durch Vermittlung des deutschen Botschafters von Köster seine Karte im auswärtigen Amt abgeben ließ, ohne selbst dort zu erscheinen.

Paris, 3. Dezember 1934.

Außenminister Laval hat bei der Debatte über das Budget des Außenministeriums auf eine Anfrage des Abgeordneten Fontanier, ob es vorgehe, sei, daß die Saarbevölkerung für den Fall, daß sie sich für den Status quo entscheide, die Möglichkeit einer zweiten Abstimmung zugunsten eines späteren Anschlusses an Deutschland haben solle, folgende bedeutende Antwort gegeben:

„Der Status quo ist eine der drei vertragsmäßig vorgesehene Möglichkeiten. Es ist Sache des Dreier-Ausschusses, dem Völkerrundrat die Definition des Status quo zu unterbreiten und zu erläutern, was er in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht ist, wenn sich die Saarländer für diese Lösung aussprechen. Ist es eine endgültige Lösung?“

Attentat in Leningrad

Kirow ermordet

Moskau, 2. Dezember.

Einer der hervorragendsten Funktionäre des Sowjetstaates, Sergej Michailowitsch Kirow, Mitglied des Politbüros und Parteisekretär der Leningrader Organisation, ist im Gebäude des Leningrader Sowjets durch mehrere Schüsse getötet worden. Der Mörder, ein im Jahre 1904 geborener Leonid Nikolajew, konnte verhaftet werden.

Das Attentat ist zweifellos politischer Natur, doch sind die näheren Zusammenhänge noch nicht klar ersichtlich.

Die Ermordung Kirows hat in der ganzen Sowjetunion boomer Bestürzung und eine starke Erregung hervorgerufen. Das Politbüro, das die höchste Parteistelle ist, hat einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, der von den bekanntesten Parteifunktionären wie Stalin, Kaganowitsch, Kalini, Woroschilow, Molotow u. a. m. unterzeichnet ist, und in welchem Kirow als Held der Revolution gefeiert wird. Weibliche bedende Rolle der Verstorbenen im Sowjetstaat gespielt hat, geht aus der Tatsache hervor, daß er in Leningrad denselben Posten bekleidete, den früher der ehemalige Vorsitzende der Dritten Internationale, Sinowjew, eingenommen hat.

Die politischen Folgen dieses Attentats sind noch nicht zu übersehen. Es ist anzunehmen, daß die Sowjetregierung zu Gegenmaßnahmen übergehen wird.

Neuer 30. Juni im Anzug?

Mordbericht aus München

London, 3. Dezember.

Der Sonderberichterstatter von „Sunday Referee“ telegrafisiert seinem Blatt aus Berlin, daß seines Wissens eine neue „Reinigung“ der nationalsozialistischen Partei in den ersten Tagen der letzten Woche stattgefunden habe. Nach seinen Informationen wären in München sieben neue Einrichtungen auf Veranlassung des Reichsführers in aller Heimlichkeit vorgenommen worden. Einem achten Beurteilten sei die Flucht gelungen.

Der Ritter der „Germania“

Abgehalftert

Emil Ritter hat die Chefredaktion der „Germania“ plötzlich niedergelagt. Er kam auf diesen Posten durch das Vertrauen des Herrn von Papen, mit der Mission, das Verhältnismesswerk zwischen Nationalsozialismus und Katholizismus durch die Presse zu fördern. Emil Ritter aus Köln hat sich nach dieser Richtung hin aufs reichliche bemüht. Die „Germania“ wurde unter seiner Leitung ein Blatt, das jedem wirklichen Katholiken täglich die Schamröte ins Gesicht trieb. Unter Verleugnung aller göttlichen und irdischen Gebote wurden alle Untaten des „dritten Reiches“ teils gedeckt, teils verschwiegen. Alle möglichen Redern wurden einbezogen, um Katholizismus und Nationalsozialismus in eine „Zunft“ zu bringen.

Nun legt Emil Ritter sein Amt nieder. Die von ihm betriebene Politik ist durch die Ereignisse überholt. Es gibt keine Verständigung zwischen den beiden Mächten, von denen jede beansprucht, als Weltanordnung „total“ zu sein. Der Ritter legt die Lanze nieder und überläßt das Feld den jüngeren, die ein kleines katholisches Giftkeil notwendig auf acht braune Pressewäre anheften müssen.

Diese Frage kann von dem Minister eines einzigen Landes nicht geregelt werden, sondern nur durch eine Entscheidung des Völkerrundes. (Sehr gut, sehr gut! links und auf verschiedenen anderen Punkten.) Wenn die Abstimmung für die Beibehaltung des jetzigen Regimes ausfällt, wird der Völkerrundrat die Souveränität über das Saargebiet ausüben, und es steht ihm frei, die Verwaltungsart des Landes näher zu bestimmen. Ich sage die deutliche Antwort hinzu, daß, wenn die Saarbevölkerung eines Tages den Wunsch ausdrücken sollte, in die deutsche Gemeinschaft zurückzukehren, es allein Sache des Völkerrundes wäre, darüber zu entscheiden. Frankreich würde sich diesem Wunsch nicht widersetzen.“ (Lebhafter Beifall.)

Bericht des Dreierausschusses

Ein Erfolg für den Status quo

Rom, den 2. Dezember 1934.

Die Arbeiten des Dreier-Ausschusses für die Saarfrage sind beendet und der Bericht, den Baron Aloisi in Genf vorlegen wird, ist fertiggestellt. Nach den vorliegenden Mitteilungen zerfällt der Bericht in drei Teile. Der erste Teil behandelt die allgemeinen politischen Fragen, die mit der Abstimmung im Zusammenhang stehen.

Es soll sich in erster Linie um juristische Fragen handeln, die für den Fall einer Beibehaltung des jetzigen Regimes im Saargebiet aufgeworfen werden. Dazu gehört vor allem eine klare Definition des Status quo. Auch soll im ersten Teil des Berichts die Denkschrift von Anso über den Terror der „deutschen Front“ ihren Widerhall gefunden haben.

Der zweite Teil behandelt verschiedene Fragen in der Hauptsache wirtschaftliche, die eine Regelung zwischen den Deutschen und französischen Sachverständigen gefunden haben. Es soll sich hier in erster Linie um die Sicherung der im Saargebiet investierten ausländischen Kapitalien und um den Rückkauf der Saargruben im Falle der Rückgliederung handeln.

Der dritte Teil soll Punkte enthalten, über die eine Verständigung zwischen den Sachverständigen nicht erzielt werden konnte. Dazu soll u. a. die Forderung Frankreichs gehören, daß im Falle der Rückgliederung ein Uebergangsregime geschaffen wird, während dessen Dauer die Emigranten aus dem Reich und diejenigen Saarländer, die dann das Saargebiet verlassen wollen, vor jeder Verfolgung geschützt sind, damit sie sich in Ruhe nach einem anderen Wohnort umsehen können.

Goys Erzählungen

Oberlindober — Ribbentrop — Heß

Paris, 3. Dezember.

Der Vertreter des „Figaro“ hatte Gelegenheit, sich bei dem Abgeordneten Jean Goys nach dem Inhalt seiner mit Herrn von Ribbentrop geführten Unterredung zu erkundigen. Goys erwiderte, er könne nichts sagen, weil Ribbentrop in rein privater Eigenschaft seinen Besuch gemacht habe, mit der einzigen Absicht, persönlich mit den ehemaligen Frontkämpfern (Zählung zu nehmen, deren Meinung und Bewegung ihn stark interessiert. Bemerkenswert ist aber, was Goys hinzufügt. Schon von einigen Monaten habe die „Union Fédérale“ die gegenwärtigen Beziehungen angebahnt. Vor einigen Wochen seien ehemalige deutsche Frontkämpfer unter der Führung von Oberlindober in Paris vom Vorstand der Union Fédérale empfangen worden. Durch diesen seien sie in Verbindung mit der „Semaine des Combattants“ gekommen und hätten auch den Präsidenten der „Union Nationale des Combattants“ (U.N.C.) getroffen. Goys schloß mit den Worten: „In wenigen Tagen, wenn Herr Ribbentrop in Begleitung von Rudolf Dek nach Paris zurückkehren wird, dann wird seine Reise einen weniger privaten Charakter tragen.“

Der große Berliner Prozeß gegen die SAP.

Berlin, 3. Dezember.

Nach mehrtägiger Verhandlung fällt der Zweite Senat des Volksgerichtshofes das Urteil in dem Prozeß gegen 24 Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei, die versucht hatten, die SAP illegal fortzuführen. Die Angeklagten Dr. Stephan Szende, Gustav Kleinert, Erich Zander und Hans Jis wurden wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu je zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen, fünf Beschuldigte darunter ein 16jähriger Untersekundaner, wurden freigesprochen.

Der Zuchthausaal

Wiesbaden, 2. Dezember.

Der Hochverratsprozeß gegen 41 Angeklagte, darunter 3 Frauen, wurde nach viertägiger Dauer beendet. Sie waren angeklagt 1933 und 1934 gemeinschaftlich handelnd ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitet zu haben und 1934 selbständig unter Zählungnahme mit Frankfurter und Mainzer Genossen versucht zu haben, die Organisation einer Ortsgruppe der illegalen KPD einzurichten und auszubauen. Das Verfahren gegen zwei Angeklagte wurde abgebrochen. Der eine machte in der Mittagspause vor dem Pläzdober einen Selbstmordversuch. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urteil, das in der ersten Abendstunde gesprochen wurde, lautete gegen den Angeklagten Dell, der der Hauptfunktionär war, auf fünf Jahre Zuchthaus. Im übrigen wurden verurteilt: 12 Angeklagte zu Zuchthausstrafen von zwei bis vier Jahren; elf von ihnen wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf je fünf Jahre aberkannt; 14 Angeklagte wurden zu Gefängnis bis zu zwei Jahren verurteilt; 12 Angeklagte wurden freigesprochen. Die Haft wird den Beurteilten anzurechnen.



Für DEUTSCHLAND gegen HITLER

Die Volksfront stürmt

Schmutzige Propagandamethoden

Die „Neue Zürcher Zeitung“ bringt einen längeren Bericht über den „Weltland“-Verkauf. Das ansehnliche Schweizer Blatt schreibt zum Schluß:

So unbedeutend die Angelegenheit an sich ist, so wirkt sie doch ein äußerst bedenkliches Licht auf die deutschen Propagandamethoden im Saarland. Wir haben an dieser Stelle niemals bezweifelt, daß das Saargebiet ferndeutlich ist und sicherlich am Abstimmungs- tag eine eindrucksvolle Mehrheit für die Rückgliederung aus dem Reich aufbringen wird; was wir aber niemals verstehen werden, das sind die zweifelhaften Propagandamethoden, deren sich die Rückgliederungsfreunde zur Erreichung ihres Zweckes bedienen. Vor wenigen Wochen ist die „deutsche Front“ durch die Denkschrift des Präsidenten Anox im höchsten Maße und vor aller Welt bloßgestellt worden. Wer damals glaubte, die dunkeln Mächte gehörten der Vergangenheit an, sieht sich heute leider sehr enttäuscht. Angeht dieses Vorfalles möchte man beinahe dem Argument der Antifaschisten Glauben schenken, die da behaupten, es müsse um die Sache der Rückgliederung sehr schlimm stehen, wenn sie nur auf solchen Wegen zum Sieg komme.

Fräulein Carsenius

Carsenius, mit Vornamen Maria — so heißt die frühere Maschinenführerin im Saarbrücker Polizeipräsidium, die sich als Epistel der „deutschen Front“ das Vertrauen ihrer Vorgesetzten erdient. Als die junge Dame ihre Arbeit geleistet hatte, stieß sie ins „dritte Reich“, so daß sie der Stadtleiter der Regierungskommission nicht mehr erreichte. Präsident Anox hat jetzt in einem Schreiben an den Völkerbunds- rat, das auf eine Eingabe der „deutschen Front“ an den Völkerbundsrat vom 13. November 1934 Bezug nimmt, weitere interessante Details über diese junge Dame publiziert. Im Verlauf der Durchsuchungen der Geschäftsstelle der „deutschen Front“ wurden mehrere Schriftstücke mit der Bezeichnung „Carsenius“ entdeckt. Auf Grund der Bestimmungen der in der „deutschen Front“ beschuldigten Beamten wurde festgestellt, daß die dort enthaltenen Behauptungen über angebliche Pflichtverletzungen der Beamten jeder Begründung entbehren. Die gegen Maria Carsenius angeheulte Klage beim Obersten Abstimmungs- gerichtshof wegen Verleumdung wird freilich die Adressatin, die ihren Wohnsitz nach Neustadt a. d. Hardt verlegt hat, nicht erreichen.

Das Schreiben des Präsidenten Anox weist auch andere unwahre Behauptungen der „deutschen Front“ zurück. Die angebliche Waffenbeschlagnahme durch den „General-Anzeiger“ in ordnungsgemäßer Weise auf Grund von Waffenschein- erlösen, wobei es sich um ganze drei Revolver gehandelt hat, die zum Schutz für das Personal der Geschäfts- stelle des „General-Anzeiger“ bestimmt waren.

Pressestimmen über die Erhebung der Saar-Katholiken

Die Gründung des „Deutschen Volksbundes für christlich-sozialistische Gemeinschaft“ hat im Saargebiet ungeheures Aufsehen erregt. Man ist sich in weiten Kreisen der Saarbevölkerung darüber im klaren, daß mit dieser Gründung ein Wendepunkt im Abstimmungskampf eingetreten ist. Die Aussichten für die braune Front, den Saarkampf zu gewinnen, sind immer geringer geworden, während noch im Sommer die Dinge im Saargebiet fast ausschließlich so lagen, daß ein Erfolg der Status-quo-Anhänger aussichtslos erschien.

Die „Saar-Vollstimme“ trifft das Richtige, wenn sie über die Erhebung der Saar-Katholiken schreibt:

„Was gehtern im katholischen Vereinshaus „Concordia“ zu Saarbrücken geschehen ist, ist mehr als Politik. Das ist Geschichte. Die Gründung der christlichen Saarfront ist nicht nur ein Ereignis von allergrößter Bedeutung für den Abstimmungskampf an der Saar, es ist ein Wendepunkt in der Entwicklung des Kampfes um Deutschland überhaupt. Auf deutschem Boden des Saargebietes tritt zum ersten Male eine geschlossene Front auf, die mit dem Marxismus nichts zu tun hat und die trotzdem eine Kampffront gegen Hitler aufstellt. Dieses Ereignis wird nicht nur im Saargebiet, sondern auch im „dritten Reich“ einen ungeheuren starken Widerhall finden.

Zur Frage der Abstimmung am 13. Januar hat der Deutsche Volksbund vorerst eine abwartende Haltung eingenommen. Der erste Redner auf der Gründungsversammlung, Fritz Kühnen, hat eine endgültige Stellungnahme von den Beschlüssen des Völkerbundes abhängig gemacht. Er erklärte: „Wir sind alle gegen eine Abtrennung der Saar für immer von Deutschland.“

Das ist die Haltung, die wir immer gehabt haben. Da wir aber nicht überzeugt sind, sondern genau wissen, daß die Entscheidung für die Beibehaltung der bestehenden Rechtsordnung, also für den Status quo, keine Abtrennung für immer von Deutschland bedeuten kann und bedeuten wird, bis zum 13. Januar wird diese Frage endgültig geklärt sein, deshalb treten wir schon heute für diese Entscheidung ein. Wir zweifeln deshalb nicht daran, daß am 13. Januar wir und die neue Front gemeinsam eine starke Mehrheit des Saarvolkes für die gleiche Parole in dem Kampf führen werden. Am 13. Januar werden wir vereint eine vernichtende Niederlage Hitlers an der Saar herbeiführen.“

Das Organ der neuen Partei „Neue Saar-Vollstimme“ schreibt:

„Die Gründung des „Deutschen Volksbundes für christlich-sozialistische Gemeinschaft“, die am vergangenen Freitag in Saarbrücken erfolgte, hat weit über die Grenzen des Saargebietes hinaus in der ganzen Welt stärkste Beachtung erfahren. Nur in Deutschland schweigt man sie bis zur Stunde tot, in der Presse wie im Rundfunk. Gegen-

Jede Woche erweist es stärker und selbst der geschäftigste Gegner mag es nicht mehr zu leugnen: Unsere aufschwellende Verleumdungswelle wälzt sich über das ganze Saargebiet und hat fündig machenden Jutau. Am Samstag und Sonntag bewiesen unsere Versammlungen in Merzig, Klein- Otweiler, Guchenbach, Gerweiler, Saarlouis, Homburg, Hübnersfeld, Wemmelweiler, Clarenthal, Geislautern, Gungorb, Vandsweiler, Klein-Bittersdorf, Jägers- freude und Scheidt, daß wir unaufhaltsam im Vormarsch sind.

Es sprachen in Merzig Diplomvolkswirt Gonder, Fritz Pfordt und Max Braun. Gonder verbreitete sich vor allem über die Wirtschaftslage an der Saar. Fritz Pfordt wies anhand des jüngsten Gestapoüberfalls auf die „Arbeiterzeitung“ den wachsenden Terror nach. Und dann sprach

Max Braun:

„Zunächst mein Kompliment der sogenannten „deutschen Front“, die es fast nie und nirgendwo unterläßt, die Versammlungsräume, in denen wir tagen müssen, entsprechend zu dekorieren. Man muß ihr eigentlich dankbar dafür sein, daß sie uns damit immer wieder Gelegenheit gibt, unserem Publikum recht lebhaft zu demonstrieren, welch unüberbrückbarer Gegensatz zwischen ihrem Symbol, dem Krummfuß, und ihrer etwas unmaßstäblichen Firmenbezeichnung „deutsche Front“ besteht. Wenn Deutschland leben soll, dann muß das Hakenkreuz sterben! (Zosender Beifall.)“

Unser hochverehrter saarländischer Mitbürger, mein Bulletinfreund Jacob aus Beshofen mit dem „echt“ deutschen Namen Fritz, hat seit den letzten 48 Stunden heftiges Leibweh, und er darf mit vollem Recht von sich sagen: Ein Unglück kommt selten allein! (Zürmischer Beifall.) Gekern hat Herr Laval, der Außenminister Frankreichs, auf die Anfrage unseres sozialistischen Parteifreundes Fontanier erklärt, daß die Völkerbundsouveränität dem Status quo sowohl juristisch wie praktisch auf Wunsch der Bevölkerung die Möglichkeit einer neuen Entscheidung über die endgültige Lage des Gebietes, in sich schließt und daß Frankreich gegen eine solche spätere nochmalige Abstimmung keinerlei Widerpruch erheben und keinerlei Schwierigkeiten machen werde. Am Donnerstag dieser Woche wird die Ent-

scheidung des Völkerbundes nicht anders lauten — und damit wird der bürgerlichen Behauptung, daß eine zweite, spätere Abstimmung dem Völkerrecht, der internationalen Moral und dem Versailler Vertrag widerspreche, jeder Boden entzogen. Die Abstimmung vom 13. Januar erhält damit klar und eindeutig den Charakter der Abstimmung für oder gegen den Nationalsozialismus, nicht aber für oder gegen Deutschland. Ja, sie wird damit zu einer Angelegenheit gestempelt, bei der jeder gute Deutsche der Saar geradezu die Pflicht hat, nunmehr zunächst gegen Hitler zu stimmen, um sich dann später mit der gleichen Stimme für die Vereinigung mit einem befreiten Deutschland einzusetzen! (Zürmische Zustimmung.)

Die überfüllte Versammlung in Saarlouis war eine machtvolle Kundgebung für den Status quo.

Max Braun behandelte den Gegner mit scharfer Ironie, um dann zu den jüngsten Ereignissen Stellung zu nehmen. Klar stellte er heraus, daß unsere Veröffentlichungen über Clemenceaus Saarfranzosen sich nicht gegen jene richteten, die aus ehrlichem politischen Willen gehandelt, sondern gegen die charakterlosen Elemente, die stets nur Konjunkturpolitik treiben, die heute links und morgen rechts, heute blau-weiß-rot und morgen schwarz-weiß-rot sind. Gegen jene Elemente, die sich 1919 in geradezu beschämender Art der französischen Besatzungsarmee in die Arme warfen, ihr Deutschland verleugneten, die dann 1933 mit denselben verlogenen Phrasen Hitler zumbeulden und nun die Stirne haben, die freien deutschen Saarländer, die unter Einfluß von allem für Deutschland gegen Hitler kämpfen, als Landesverräter und Separatisten zu beschimpfen. Braun wies auf die starke Wirkung unserer Veröffentlichungen über die Völkerverträge hin, die heute sämtlich Mitglieder der Völkerverträge sind, und appellierte zum Schluß an alle deutschen Saarländer, am 13. Januar gegen Hitler für Deutschland zu stimmen. Brandender Beifall.

Als letzter Redner des Abends sprach sehr eindrucksvoll Fritz Pfordt. Er schilderte die ganze Verwerfung der braunen Landesleitung und ihrer Presse und zeigte durch einige schlagende Beispiele, wie zerrüttet heute die braune Front im Saargebiet ist. Seine Rede klang aus mit den siegesgewissen Worten: Am 13. Januar wird das deutsche Saarvolk für ein freies deutsches Vaterland gegen Hitler stimmen und damit Hitler die große Niederlage beibringen. Nicht enden wollender Beifall.

Nach einer kurzen, wirkungsvollen Rezitation von „Theo Moret. Dann fand die eindrucksvolle Kundgebung mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale ihren Abschluß.

Willen getragen“ die evangelische Kirche von innen zu sprengen und sie in den Diensten der nationalsozialistischen Ideologie zu stellen.

Ueber die politische Bedeutung der Gründung des „Deutschen Volksbundes für christlich-sozialistische Gemeinschaft“ schreibt der Chefredakteur der „Saarbrücker Zeitung“ folgendes:

„Es hat keine guten Gründe, wenn man gerade jetzt mit diesem Volksbund vor die Öffentlichkeit tritt. Es gehört zum „Störungssektor“, mit dem man die „deutsche Front“ im Schlachtfeld des Saarkampfes beunruhigen möchte. Ganz klar ist zwar die politische Lösung nicht ausgesprochen. Aber wenn der eine Redner erklärt: „Keiner von uns stimmt jemals für Frankreich“ und der andere: „Wir bedingungslos zurück“, können wir nicht verantwortlich sein, und wenn dazu die „Neue Saar-Vollstimme“ zum Organ der Organisation erklärt wird — dann dürfte wohl klar sein, daß der Marsch in Richtung auf den Status quo geht. Einmalige Zweifel beseitigt zudem das Echo in der marxistischen Presse.“

„Nicht für Frankreich“, Herr Kühnen? „Nicht bedingungslos zurück“, Herr Jumbich? Also für den Status quo unter Voraussetzung einer nochmaligen späteren Abstimmung? Die neueste Antwort des Herrn Laval auf eine diesbezügliche Frage in der Kammer ist nicht geeignet, besondere Hoffnungen auf diese zweite Abstimmung zu erwecken. In vorsichtiger Form schiebt er die Frage in das Kompetenzgebiet des Völkerbundes ab. Man kennt doch die Schmeize, die diese Frage der französischen Regierung bereitet. Jedesmal taucht das Geistes- der General- rezitation von Versailles auf, zugleich mit einer Revision, d. h. einer Wiederholung der bisherigen Abstimmungen (Göpen-Balmeda, Schleswig u. a. m.). Wird Frankreich es wagen? Wir glauben es nicht. Und nichts scheint uns so sicher wie die Tatsache, daß die Abstimmung am 13. Januar eine endgültige sein wird.“

Dann wäre der Status quo doch eine Abstimmung für Frankreich. Dann wäre weder eine bedingte noch eine bedingungslose Rückkehr möglich. Dann wäre das Saar- gebiet Frankreich überantwortet.“

Nachdem er auf diese Weise die Status-quo-Anhänger und damit auch die Anhänger der neuen katholischen Partei als Landesverräter diffamiert, geht der Chefredakteur zu einer offenen Drohung über. Denn es ist nichts als Drohung gegen die Katholiken im Reich, die als Beispiel betrachtet werden, wenn er schreibt: „Gerade aus Rücksicht auf die Entwicklungsmöglichkeiten des Katholizismus in Deutschland werden die Katholiken des Saargebietes sich von diesem Volksbund nicht einsparen lassen.“

Und zum Schluß weist er bereits eine Sensation zu melden: „Die Bischöfe von Trier und Speyer und wahrlich auch der deutsche Bismarckplatzkaplan werden sich deutlich gegen diesen Volksbund für christlich-sozialistische Gemeinschaft aussprechen.“

Es ist immerhin bezeichnend für die Lage des Katholizismus in Deutschland, wenn der Chefredakteur der „Saarbrücker Zeitung“ schon im voraus weiß, daß sich die Bischöfe gegen die neue Gründung aussprechen werden. Man wird sie eben auf einer solchen Stellungnahme zwingen.

lich, denn dieser Schlag kam Herrn Goebbels etwas überraschend und er hat ganz offensichtlich noch keine klaren Richtlinien für diesen Gegenstoß erteilt. Das erklärt auch, warum die Deutschfront-Presse an der Saar, die am Freitag doch einen Epistel in die Versammlung geschickt hatte und also Bescheid wußte, erst am Sonntagmorgen den Atem wiedergewunden hat. Und selbst die ersten Antworten aus dem Lager der „deutschen Front“ sind noch ziemlich unsklar und verworren.

Die „Vandes-Zeitung“, die natürlich mit der Tatsache, daß immerhin einige Personen, die ihr bisher sehr nahe standen, an der Gründung des „Deutschen Volksbundes“ beteiligt sind, noch nicht fertig geworden ist und sie deshalb torsehweigt, kammet in einem reichlich harten Kommentar am Sonntagmorgen etwas von einem „Bund ohne Volk“. Na, das Echo, das die Gründungsversammlung in der Bevölkerung Saarbrückens und des ganzen Saar- gebietes gefunden hat, wird den Herren schon noch zeigen, wo das Volk steht. Wenn weiter der Chefredakteur der „Vandes-Zeitung“ von „Feiger Angst“ spricht, so kann ihm das wirklich niemand abeluehnen, denn man weiß ziemlich überall im Saargebiet, daß die Herren das Gegenteil von dem Schreiben, was sie denken. Und das ist doch wohl kein besonderer „Mist“. Die „Vandes-Zeitung“ vermischt in dem Gründungsaufruf die Parole für den 13. Januar. Nun, sie darf beruhigt sein. Diese Parole wird schon noch rechtzeitig kommen. Die Herren wissen ja nur zu gut, daß sie selbst ihr Pulver zu früh verschossen haben, indem sie jetzt schon ein volles Jahr sich von der „deutschen Front“ in einen ununterbrochenen Wahl- und Abstimmungsrammel hineintreiben lassen. In der Kürze liegt die Würze“. Und bis zum 13. Januar sind bekanntlich immer noch 42 Tage also nur Geduld, liebe Landestante!

Bei den Blättern der braunen Front herrscht Kassenkammerstimmung. Der Chefredakteur der „Saarbrücker Zeitung“, die im gleichen Verlag gedruckt wird, indem auch das Pogromblatt „Wärdel-Wärdel“ gedruckt wurde, solet etwas vom „mildbräutlichen Christentum“. Er will seinen Lesern weisen machen, daß die nationalsozialistische Regierung sich bemüht, eine klare Scheidung zwischen Religion und Politik durchzuführen, und daß dieses Bemühen von einem ernsthaften Willen getragen sei“. Der Chefredakteur der „Saarbrücker Zeitung“ hat wie es scheint, weder etwas von der Weltanschauung des Herrn Alfred Rosenbergs, noch von Deutschen Christen, noch von dem Bemühen der Nationalsozialisten, von einem ernsthaften

Morgen berichten wir über die Entlarvung der Gestapo durch die Saar-Kommunisten.

Die verlorene „Preisschlacht“

Die Nationalsozialisten hatten sich offenbar eingebildet, die „Preisschlacht“ mit ähnlichem Elan führen zu können, wie seinerzeit die „Arbeitschlacht“. Man konnte sich also auf Siegesbulletins am laufenden Bande gefaßt machen. Es scheint aber anders zu kommen. Zwar kann man dreimal wöchentlich von ein paar Läden lesen, die geschlossen wurden, von irgend einem kleinen Bäckermeister, der wegen minderwertiger Qualität oder falschem Brotweggewicht angeklagt wird, aber das alles macht das Kraut nicht fett. An die Wurzel der deutschen Teuerung kann das Regime nicht rühren. Hat es doch selbst in einem bisher unerreichten Maße die regulierenden Tendenzen der Preisbildung durch die freie Konkurrenz ausgeschaltet. Beseitigt man aber die freie Konkurrenz und läßt gleichzeitig den Privatbesitz an den Produktionsmitteln bestehen, so schafft man damit die Bedingungen für

die Entstehung von Monopolpreisen.

die eben beträchtlich über den freien Marktpreisen liegen müssen.

Für das nationalsozialistische Regime ist nun gerade die Tatsache charakteristisch, daß es diese Monopolbedingungen durch seine Zwangskartellierungsmaßnahmen nicht nur für die großen Kapitalorganisationen hergestellt hat, bei denen die staatliche Preiskontrolle wenigstens theoretisch noch leichter durchführbar ist, sondern es hat durch den Zwangszusammenschluß des Kleinhandels und des Handwerks sowie durch die Sperrung des Zugangs zu einer großen Anzahl von Berufen auch in jenen zahlreichen Wirtschaftszweigen eine monopolistische Preisgestaltung bewirkt, die gerade für die Kosten der Gegenstände des täglichen Bedarfs ausschlaggebend sind. Die Führer und Unterführer der zahllosen Wirtschaftsgruppen haben von Anfang an trotz aller Mahnungen des Wirtschaftsministeriums ihre Aufgabe darin gesehen, die neuen Organisationen, die zum Teil die unbemannten alten waren, für die aber jetzt der Beitrittszwang funktionierte, dazu zu bemühen, um lückenlose Preisregulierungen zu schaffen und gegen alle Preisunterbietungen in schärfster Weise vorzugehen. Die „Ehrengerichte“ des Handwerks und des Kleinhandels, aber auch verschiedener klein- und mittelkapitalistischer Verbände, haben gar keine andere Aufgabe, als

ein billiges Angebot zu verhindern.

Eine besondere Schwierigkeit des nationalsozialistischen Regimes ergibt sich noch aus dem Umstand, daß die Inhaber dieser kleineren und mittleren Betriebe bisher zu den wichtigsten Stützen der Diktatur gehört haben. Der Kampf gegen diese Schichten stößt daher innerhalb der nationalsozialistischen Partei selbst auf starken Widerstand. Es ist charakteristisch, daß von der so pomphaft angekündigten Aktion der nationalsozialistischen Partei gegen die Preiserhöhungen kaum mehr ein Wort verlautet.

Die Mitwirkung der nationalsozialistischen Parteimitglieder versagt diesmal vollständig.

Die Diktatur muß sich auf den unmittelbaren Zwang des Staates verlassen, die ganze Aktion wird beim Wirtschaftsministerium des Dr. Schacht und bei seinem Werkzeug, dem Preiskommissar Goerdeler, zentralisiert. Versuche einzelner Landesregierungen, selbständig vorzugehen, wurden wieder unterbunden. Der bayrische Wirtschaftsminister Esser hatte z. B. vor kurzem triumphierend mitgeteilt, es sei ihm gelungen, in Verhandlungen mit den Vertretern des Handwerks und des Lebensmittelhandels eine wesentliche Ermäßigung der Brot- und Fettpreise durchzusetzen. Er stieß dabei sofort auf den Widerstand des Reichsnährstands, und Herr Darré zögerte nicht, neue Festpreise für Eier und Butter zu erlassen, die für das ganze Reich, also auch für Bayern, gelten. Die neuen Preise tragen nur den agrarischen Interessen Rechnung und bedeuten keineswegs eine Ermäßigung. Herr Esser wollte sich übrigens besonders populär machen und kündigte eine Senkung des Bierpreises von 4 Mark je Hektoliter an. Aber auch damit hatte er nicht viel Glück. Die Kurse der Brauereien erfuhren einen starken Rückgang, die Brauereien erklärten, daß sie eine Preisenkung in diesem Ausmaß unmöglich tragen könnten, und die inzwischen ergangene Feststellung, daß nur der Preiskommissar, aber sonst keine anderen Stellen für die Preisfestsetzung zuständig seien, hat den Lorbeer des Ministers Esser rasch zum Welken gebracht.

Sind so der Aktion praktisch enge Grenzen gezogen, so steigern sich andererseits die innerhalb des Systems bestehenden Gegensätze. Einigkeit besteht darin, daß unter allen Umständen die Wirtschaft in den Dienst der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung gestellt werden muß. Schacht und ein Teil der hinter ihm stehenden schwerindustriellen Kreise wollen dieses Ziel erreichen unter möglichster Aufrechterhaltung der alten Wirtschaftsmethoden. Sie fürchten, daß die rücksichtslose Fortsetzung der bisherigen inflationistischen Finanzierung die Grundlagen der Wirtschaft einer allzu schweren Belastung aussetzt. Sie wollen deshalb die Arbeitsbeschaffung, die auf der Ausweitung des Notenbankkredits beruht, einengen und sie möglichst auf die eigentlichen Rüstungsausgaben beschränken. Sie sind also

Defaitisten der Arbeitschlacht.

Zugleich stehen sie im Gegensatz zu der Agrarpolitik Darrés, die den Export hemmt und den Lebensunterhalt immer mehr verteuert. Sie wollen eine möglichst große Quote des Nationaleinkommens, des Einkommens nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Bauern, des Mittelstandes und sogar der übrigen Industrie für die Akkumulation in der Rüstungsindustrie und für den Aufbau der für den Krieg benötigten Ersatzstoffindustrien freimachen. Deshalb ihr Kampf gegen Lohn erhöhungen und Preissteigerungen. Demgegenüber steht unter Führung Darrés jene Richtung, die die Arbeitschlacht, die Agrarpolitik und die ganze künstliche Inlandkonjunktur mit den bisherigen Methoden der Wechselsterei fortsetzen will und die von Anfang an die Politik Schachts bekämpft hat. Sie kämpfen um die Massengrundlage der Partei, um die Erhaltung ihres Einflusses bei den Arbeitern und dem Mittelstand. Der Kampf gegen die

Preissteigerung stößt so bei wichtigen und einflussreichen Schichten der Partei auf wachsenden Widerstand. Sie erinnern sich, wie gut sie es seinerzeit verstanden haben, die Unzufriedenheit des gewerblichen und händlerischen Mittelstandes über die Preiseingriffe auszunutzen. Sie sehen nicht ein, weshalb der politisch so viel bequemere Weg der „Kreditausweitung“ verlassen werden soll. So wächst innerhalb der herrschenden Kreise der

Widerstand gegen Schacht und seine Politik

und vermehrt die Spannungen, die der allgemeine Niedergang der Wirtschaft ohnedies hervorgerufen hat.

Maschinenindustrie lebensunfähig

Ein besonders gutes Beispiel zur Verdeutlichung des deutschen Konjunkturbildes bietet der Maschinenbau. Er eignet sich für eine Illustration deshalb besonders gut, weil er 1. einer totalen Kartellierung wegen seines spezialisierten Aufbaues widerstrebt und deshalb eine verhältnismäßig klare Konjunkturlage aufweist; 2. weil er für die Ausfuhrbeschaffenheit der deutschen Verarbeitungsindustrie äußerst charakteristisch ist; 3. weil er vor allen anderen Industriezweigen von dem Aufschwung der Produktion 1933/34 profitieren konnte, wie die folgende Tabelle zeigt:

	1928	1932	1933
	in Millionen Mark		
Absatz insgesamt	3.370	1.440	1.540
Inlandsabsatz	2.200	690	1.000
Auslandsabsatz	1.170	750	540
Ausfuhr nach Rußland	132	298	138
Ausfuhrquote in Prozent	35	52	35

Die Ausnutzung der Kapazität betrug im Monatsdurchschnitt 1932 30 und im Juni 1934 59. Der Auftragseingang aus dem Inland betrug im Monatsdurchschnitt 1932 (wenn man 1928 = 100 setzt) 25 und im Juli 1934 83. Der Auftragseingang aus dem Ausland betrug nach derselben Berechnungsart im Monatsdurchschnitt 1932 51, im Juli 1934 31. Die Nachfrage nach Werkzeugmaschinen und der Hütten-, Stahlwerks- und Walzwerkbedarf hat im Inland am stärksten zugenommen, während die typischen Maschinenaufträge aus dem Ausland von Monat zu Monat mehr nachlassen. Die Rentabilitätsziffern auf der Grundlage des Inlandsaufschwungs sind sehr gering. Von 35 großen Gesellschaften haben für 1933 nur 10 Dividende ausgeschüttet. Durch die Währungsverluste im Auslande fand der erhöhte Verkaufserlös von 10 Prozent keinen Ertragsniederschlag in der Bilanz. Dagegen ist für die 35 Gesellschaften eine Abnahme des Aktienkapitals von 1932 auf 1933 von 111,10 Millionen Reichsmark auf 109,75 Millionen Reichsmark zu verzeichnen. Daß die Produktion für das Inland im Ganzen ein Zuschußgeschäft war, zeigt die Tatsache, daß die Steigerung des monatlichen Versands um 36 Prozent im Jahre 1934 gegenüber dem Monatsdurchschnitt von 1933 von einer prozentual niedrigeren Ertrags- und Gewinnquote begleitet war.

Nach den Berechnungen der „Frankfurter Zeitung“ ist der Maschinenbedarf der hochindustrialisierten Länder zu etwa zwei Drittel Ersatz, und zu etwa einem Drittel Zuwachsbedarf, d. h. nur ein Drittel der nachgefragten Maschinen dient der Erweiterung, zwei Drittel der Erneuerung des maschinellen Produktionsapparates. Für Deutschland folgt daraus, daß in den Jahren 1932 und 1933 ein Ersatzbedarf von 600 Millionen Reichsmark aufgespeichert worden ist. Bei der amtlich registrierten Höhe der inländischen Maschinenbestellungen dürfte gegenwärtig der inländische Maschinenverschleiß gedeckt sein.

Deutsche Rüstungseinfuhr

In Deutschland herrschen Rohstoffknappheit und wachsende Teuerung. Wodurch sind sie verursacht? Offenbar gibt es immer weniger Rohstoffe, weil immer weniger vom Ausland eingeführt wird. Und warum wird immer weniger eingeführt? Weil das „dritte Reich“ von dem von Juden aufgehetzten Ausland boykottiert wird und weil seine Schuldzahlungen an das Ausland keine Mittel zur Bezahlung der notwendigsten Einfuhr übriglassen. Das ist die Erklärung, die das deutsche Volk zu hören bekommt. Damit steht allerdings eine Tatsache im Widerspruch, die unbestreitbar ist, weil sie sich aus der amtlichen deutschen Statistik ergibt. Die deutsche Einfuhr aus dem Ausland ist nämlich gar nicht gesunken, sondern war in den ersten neun Monaten dieses Jahres größer als ein Jahr vorher!

In allen Ländern wird immer mehr der tierische Motor, das Pferd, durch den maschinellen Motor verdrängt. 1913 wurden 143 000, 1930 nur noch 13 000 Pferde nach Deutschland eingeführt. 1934 ist zum ersten Male nach 20 Jahren die Einfuhr ausländischer Pferde ganz ungeheuer gestiegen. Es stieg die Einfuhr von leichten Arbeitsstuten von 94 auf 104, von Hengsten von 158 auf 525, von über 1½ Jahre alten Absayfohlen von 110 auf 4567 Stück. Im „dritten Reich“ hat kein Industriezweig eine so große Produktionszunahme aufzuweisen wie die Autoindustrie. Wer braucht die vielen Pferde? Zur gleichen Zeit ist die Einfuhr von Gußbruch auf das Fünffache, von Rohaluminium auf das Sechsfache, von Stahlröhren auf das Doppelte gestiegen. Seltensamerweise hatte auch die Einfuhr von Motoren von 1942 auf 4486 Stück, also auf mehr als das Doppelte zugenommen, obwohl doch die Erzeugung von Motoren auch in Deutschland selbst erheblich gesteigert worden ist und man angeblich bemüht ist, sich zwecks Devisensparnis vom Ausland unabhängig zu machen.

Deshalb verdient die Aktion Schachts und Goerdelers besondere Beachtung. So gering schließlich ihre ökonomische Wirkung sein wird, so wenig eine von den Behörden verordnete mechanische Preiserhebung sich auf die Dauer durchsetzen läßt, so bedeutsam können die politischen Folgen sein, die aus diesem Machtkampf erwachsen. Der Zeretzungsprozeß innerhalb der Diktatur muß eine Beschleunigung erfahren. Denn entweder bleibt es bei der Fortsetzung der Politik Schachts und dann wird die Massengrundlage, die die Diktatur in den Schichten des Mittelstandes und des Bauerntums besitzt, weiter erschüttert, oder aber es siegt Darré und sein Kreis. Das aber bedeutet rasche Steigerung der inflationistischen Methoden, deren zerstörende Folgen dann nicht mehr lange verhindert werden können.

Dr. Richard Kern

„Angenommen, die durchschnittliche Inlandsabsatzziffer für das ganze Jahr 1934 und darüber hinaus würde sich auf 78 stellen, so würden in den ersten Monaten 1935 die in der großen Krise aufgespeicherten Maschinen-Ersatzaufträge vergeben sein.“ („Frankfurter Zeitung“.)

Entscheidend ist nun die Tatsache, daß der Inlandsabsatz nach der Ausschöpfung der vorhandenen Ersatzaufträge scharf zurücksinken muß, wenn sich nicht ein Erweiterungsbedarf geltend macht.

„Auf alle Fälle scheint eine derartige Berechnung dafür zu sprechen, daß der heutige Inlandsabsatz des Maschinenbaus nur aufrecht erhalten werden kann, wenn über den laufenden und den aufgespeicherten Ersatzbedarf hinaus in immerhin beträchtlichem Umfang Neuschaffungen von Maschinen für die deutsche Wirtschaft vorgenommen werden.“ („Frankfurter Zeitung“.)

Nun muß die „Frankfurter Zeitung“, deren Konjunkturoptimismus nicht bestritten werden kann, selbst eine Reihe von Faktoren nachhaft machen, die den Erweiterungsbedarf der Maschinenproduktion im Inlande sehr stark in Frage stellen. Es sind erstens die gesetzlichen Vorschriften und Investitionsverbote, die ins Gewicht fallende Neuschaffungen für wichtige Wirtschaftsgebiete unmöglich machen. Es ist zweitens die Einkaufs- und Absatzlage (Rohstoffe und Ausfuhr), die Kapazitätserweiterungen verhindert. Drittens ist es die Vernichtung des Wettbewerbs, die Betriebserweiterungen und -intensivierungen nicht gestattet — eine Erscheinung, von der die „Frankfurter Zeitung“ selbst feststellen muß, daß sie für den Maschinenbau „von sehr ernstesten Konsequenzen“ sein muß. Die „Frankfurter Zeitung“ kommt zu dem Schluß:

„Wenn der Übergang zu einer solchen statischen Wirtschaftsgesinnung allgemein und von Dauer würde, müßte wohl ein erheblicher Teil der Maschinenindustrie seine Lebensfähigkeit verlieren.“

Gegenwärtig sind im Maschinenbau 400 000 Beschäftigte zu verzeichnen.

Aus diesem Beispiel läßt sich mit aller Klarheit herauslesen, auf welchem Stand die normale Konjunktur, die jenseits von Aufrüstung und Arbeitsbeschaffungsmanövern ihren eigenen Gesetzen folgt, sich tatsächlich befindet. Entscheidend ist nicht der Stand der Produktion, der in den Ziffern zum Ausdruck kommt — auch wenn diese Ziffern richtig sind —, sondern entscheidend ist allein die Frage, ob im gegenwärtigen Status die Aufbau- und Entwicklungselemente für eine reale Investitionskonjunktur (Akkumulation auf erweiterter Stufenleiter) enthalten sind. Diese Frage muß, abgesehen von allen anderen Fragwürdigkeiten, innerhalb der deutschen Wirtschaft verneint werden. Die Binnenmarktkonjunktur (Rüstung plus Arbeitsbeschaffung) hat bereits zu einer deutlichen Ausprägung statischer Rückbildungstendenzen im Konjunkturablauf geführt. O. P.

Sicher sind es nicht Privatleute, deren Bedarf an tierischen und maschinellen Motoren dermaßen zugenommen hat, weil sie um so viel mehr reiten und fahren als im Jahre vorher. Die Auswahl der eingeführten Waren redet eine klare Sprache. Die Hitlerregierung hat es mit der Devisenbewirtschaftung in der Hand, die Richtung der Einfuhr nach ihrem Willen zu bestimmen. Der Widerspruch zwischen steigender Rohstoffknappheit und steigender Wareneinfuhr ist nur scheinbar. Alle Nichtuniformierten und alle nicht direkt im Aufrüstungsgeschäft Tätigen werden in Deutschland als Luxuswesen und ihre Ausgaben als Luxusausgaben angesehen. Deshalb wird die notwendige Einfuhr gedrosselt, damit die Rüstungseinfuhr um so stärker betrieben werden kann! Mit Mangel und Teuerung bezahlt das deutsche Volk Hitlers Vorbereitung des künftigen Krieges.

Munitionsfabriken überall

Hannover, 2. Dez. (Inpreß.) Bei Scharnhorst, in der Nähe von Celle, wird eine unterirdische, riesige Munitionsfabrik gebaut. Etwa 100 Arbeiter sind dort bis zu 15 Stunden täglich beschäftigt. Eine weitere unterirdische Munitionsfabrik ist bei Lehrte (Hannover) im Bau, der ehemalige Flugplatz Scheuen ist in ein unterirdisches Munitionslager umgewandelt worden.

Die Strechamol-Werke in Hannover, die ab 1. Januar 1935 die Hanomag-Betriebe übernehmen, stellen Stahlmantelgeschosse und Granaten in ungeheuren Mengen her. Täglich werden 10 000 Stahlmantelgeschosse fabriziert, die durch ein besondere Härteverfahren in der Lage sind, 8 Millimeter dicke Panzerplatten zu durchschlagen. Ferner werden pro Tag 300 Stück 8,8 Zentimeter Mörsergeschosse und 1000 Stück 3,5 Zentimeter Tankabwehr-Geschosse angefertigt.

Deutsche Literatur in Nizza

Ihre besten Köpfe arbeiten hier

Südfrankreich hat schon seit Jahren eine starke Anziehung auf die internationale Literatur- und Kunstwelt ausgeübt. Besonders ein paar kleine halbdörfliche Orte in der Nähe von Toulon, wie Sanary und Bandol, waren schon längst zum regelmäßigen sommerlichen Treffpunkt aller möglichen Maler und Schriftsteller aus aller Herren Länder geworden, manche, wie z. B. Huxley, hatten sich dort sogar ständig niedergelassen. Seit dem Sommer 1933 sind die Deutschen begrifflicherweise dort besonders zahlreich vertreten. Damals war zeitweise die halbe deutsche Literatur in Sanary versammelt: Thomas Mann, Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger, René Schickele, Annette Kolb, Hermann Kesten, Bert Brecht, Wilhelm Herzog und manche andere (u. a. sogar noch jener Josef Breitbach, der inzwischen freilich nicht mehr zur deutschen, sondern nur noch zur neudeutschen Literatur zu zählen ist). Die französische Presse sprach damals geradezu von „Sanary-les-Allemands“.

Als Sommerfrische war und ist Sanary sehr hübsch, aber für ein richtiges, auf längere Dauer eingerichtetes Exil doch ein bißchen zu primitiv, besonders im Winter, wo in der Provence ein sehr rauher Mistral weht. Wenn man, wie Feuchtwanger, eine Villa mit 24 Zimmern bewohnt, kann man es natürlich auch dauernd in Sanary aushalten, soweit man nicht sowieso dazwischen etwa Triumphzüge durch die europäischen Großstädte zu unternehmen hat, etwa zur Premiere des Films „Jud Süß“. Hat man aber nicht gerade das Glück, in England und Amerika als hervorragendster deutscher Autor zu gelten und jedenfalls der erfolgreichste zu sein, so tut man besser, als ständigen Aufenthalt eine richtige Stadt zu wählen, eine Großstadt womöglich. Da ist Nizza das nächstliegende im wörtlichen Sinne: kaum drei Stunden von Toulon im Autobus oder mit der Bahn.

Nizza war bekanntlich früher der Lieblingsaufenthalt russischer Großfürsten, früher, als sie noch nicht Autochauffeure oder Damenschneider in Paris waren. Inzwischen sind die Verhältnisse wesentlich schlechter geworden, ganz besonders für Emigranten, deren es in Frankreich seit den Russen schon allzuviel verschiedene Sorten gegeben hat (spanische augenblicklich z. B. schon das zweite Mal). Wie überleben sie hier? Die russischen Großfürsten werden heutzutage um ihre Chauffeurkarriere beinahe ebenso beneidet wie früher um ihr Großfürstentum. Den emigrierten deutschen Literaten bleibt also gar nichts anderes übrig, als weiterhin ihren eigenen, wenig ertragreichen Beruf auszuüben, ob sie wollen oder nicht. Vor zehn Jahren konnte Panait Istrati sich hier in Nizza auf der Promenade des Anglais noch als „fliegender Fotograf“ betätigen (und sich dafür freilich auch einsperren lassen). Immerhin — das waren noch glückliche Zeiten.

Wo Schriftsteller leben, fliegen Schriftsteller zu. Als erster war Heinrich Mann schon im Herbst 1933 nach Nizza gezogen, und dann kam langsam einer nach dem anderen. René Schickele, der das Glück hat, als Elsässer einen französischen Paß zu besitzen, ist richtig übersiedelt, nicht eigentlich in die Stadt, sondern in eine Art Vorort: Nice-Fabron. Er hat seine Möbel und Bücher aus Badenweiler kommen lassen und sich damit in einem reizenden, behäbig-bürgerlichen Landhaus eingerichtet. Von der Gartenterrasse aus sieht man weit über Nice und die Küste und in die Seealpen, beinahe bis Sanary, wo seine „Witwe Bosca“ spielt und auch entstanden ist im vorigen Jahr. Nicht weit entfernt, in St.-Cyr, wohnt — übrigens schon seit Jahren — sein Freund Meier-Gräfe, der bekanntlich „den Greco erfunden hat“, und später dann den van Gogh. Sogar der Verleger ist ganz in der Nähe, der charmanteste deutsche Verleger,

leider (trotz aller Verdienste um und durch die Literatur) ohne Verlag, aber dafür mit einer Art literarischer Pension: Kurt Wolff. Was jetzt unter der alten, ruhmreichen Firma „Kurt-Wolff-Verlag“ in Berlin existiert und vegetiert, hat nichts mehr mit ihm zu tun.

In Nizza selbst war zeitweise eine gewisse kleine Villa, weit draußen an der Promenade des Anglais, durch alle drei Etagen von deutscher Literatur besetzt: im Hochparterre Hermann Kesten, im ersten Stock Joseph Roth, und im zweiten Heinrich Mann. Zwischen 5 und 6 traf man sie gewöhnlich alle im Café Mannon an der Place Massena, wo sich sowieso ganz Nizza zu treffen pflegt, also natürlich auch alles, was sonst noch an deutschen Autoren gerade anwesend ist, etwa Schalom Asch oder Valeriu Marcu, der sich auch mit Frau und Kind und dem geretteten Teil seiner Bibliothek (immer noch an 3000 Bände) in einem kleinen modernen Appartement niedergelassen hat. Zuweilen, immer auf der Durchreise, ist auch die alte Annette Kolb da, die ihr Gewerbe sozusagen „im Umherziehen“ ausübt.

Wer nicht nachmittags im Mannon zu finden ist, der sitzt bestimmt abends im Café de France, am Boulevard Gambetta. Dort hat z. B. Theodor Wolff, der ehemalige Chefredakteur des ehemaligen „Berliner Tageblatt“ sein Hauptquartier aufgeschlagen, und ein paar Tische weiter sitzt meist der literarische „Vatermörder“ Hassenclever. Hier und da an den Nebentischen aber sieht man oft einige betont unauffällige Leute, denn man es von weitem ansieht, daß Herr Goebbels sie besoldet, um sich das große Geheimnis verraten zu lassen, daß er den deutschen Autoren nicht nur unsympathisch, sondern, was bitterer ist, auch als ein miserabler Autor erscheint — falls überhaupt noch von ihm die Rede ist.

Es sind hier in Südfrankreich schon eine ganze Reihe guter deutscher Bücher entstanden, etwa Heinrich Manns Streitschrift „Der Haß“, Hermann Kestens schöner Roman „Der Gerechte“, Joseph Roths apokalyptisch feierlicher „Antichrist“, den man in Holland von den Kanzeln herab verlesen hat, und eben jetzt ist Schickeles großer Essay über D. H. Lawrence erschienen. Im Winter und Frühjahr werden noch manche andere Neuerscheinungen folgen, denn Heinrich Mann arbeitet an einer großen geschichtlichen Erzählung „Die Juden des Königs Heinrich IV.“, Joseph Roth, der in Wirklichkeit dauernd arbeitet, während er sich den Anschein gibt, dauernd müßig im Café zu sitzen, hat nach dem „Tarabas“ und dem „Antichrist“ schon ein drittes Buch, einen neuen Roman, fast vollendet. Die nahegelegene Analogie, die Marcus interessante Studie „Die Vertreibung der Juden aus Spanien“ angeregt, hat Hermann Kesten dazu veranlaßt, sich das Schicksal der Marranen, der getauften, aber trotzdem von der Inquisition verfolgten spanischen Juden, zum Thema künstlerischer Gestaltung zu wählen.

Freilich kann er sich nicht nur der eigenen Arbeit widmen, denn er ist außerdem Lektor und südfranzösischer Verbindungsmann des holländischen Verlages Allert de Lange, der sich mit dem Ouerido-Verlag, Amsterdam, in das Verdienst teilt, den größten Teil der nicht „gleichgeschalteten“ deutschen Literatur zu verlegen. Beinahe würde es sich lohnen, richtige Verlagsfilialen aus Amsterdam nach Nizza zu verlegen. Dann könnte sich in dieser schönen und heiteren Stadt umso besser entwickeln, was heute schon im Entstehen ist: ein Sammelpunkt deutscher Literatur unter südlicher Sonne, eine Verschmelzung deutschen Geistes mit dem Genius mittelländischer Landschaft, wie das im Laufe der Jahrhunderte so oft versucht und immer wieder einmal auch verwirklicht worden ist.

Das sterbende deutsche Buch

Aber der Eher-Verlag lebt

Die hakenkreuzerische Mißliteratur wächst zu Bergen — und niemand kauft sie. Deshalb rang sich Reichsleiter Bouhler unter schwerer Mißhandlung der deutschen Sprache eine Erklärung ab, die „gegen die Ueberproduktion pseudo-nationalsozialistischer Schriften“ gerichtet ist und in der es heißt:

„Die Zahl der Bücher, die sich in erzählender oder schildernder Form meist durch lose aneinandergereihte Abhandlungen und Aufsätze mit der nationalsozialistischen Revolution und den sie begleitenden Ereignissen beschäftigen, haben eine solche Höhe erreicht, daß es notwendig erscheint, darauf hinzuweisen, daß ein weiteres Bedürfnis an solcher Produktion nicht besteht. Das gilt insbesondere für solche Schriften, die in einer unverhältnismäßig teuren Aufmachung, die in keinem Verhältnis zum Inhalt steht (Prachtwerke), herausgebracht werden und mindestens infolge der Art des Vertriebes (Ratenzahlung) eine unerträgliche Belastung des kaufenden Volksgenossen darstellen.“

Es ist merkwürdig, wie man sich an hoher Stelle plötzlich um den „kaufenden Volksgenossen“ sorgt. Merkwürdig, aber nicht grundlos. Der Haupthersteller brauner Parteiliteratur, der Hauptlieferant schlechter und teurer „Erhebungsbücher“ ist der parteioffizielle Eher-Verlag in München. Das neueste Eher-Erzeugnis heißt „Der Kongreß zu Nürnberg 1934“ und kostet 3 (in Worten drei) Reichsmark. Von „Belastung des kaufenden Publikums“ kann in diesem Zusammenhang allerdings um so weniger die Rede sein, als Bibliotheken, Schulen und Beamte unter Androhung von Brachialgewalt gezwungen werden, Druckschriften dieser Art zu erwerben. Je geringer die Konkurrenz, desto größer die Chancen. Dem Verlag Paul Steegemann, Berlin-Wilmersdorf, wurde bereits die Berechtigung entzogen, nationalsozialistisches Schrifttum zu vertreiben. Andere werden nachfolgen, und eines Tages dürfte der Eher-Verlag die ganze Weide für sich allein beanspruchen.

Ein Direktor des Eher-Verlages, Wilhelm Baur, wurde bekanntlich vor kurzem zum 1. Vorsteher des Börsenvereins der deutschen Buchhändler ernannt. Auch er tut an seinem Platze das Menschennögliche. Auch er erließ eine Bekanntmachung, sie lautete:

„Noch im Laufe dieses Sommers haben vereinzelte Buchhandlungen durch ihre Auslagen im Schaufenster und Ladeninnern, durch Prospektversand und Verzeichnisse erkennen lassen, wie wenig sie sich von den Grundsätzen bestimmen lassen, die für den guten Buchhandel im nationalsozialistischen Staat verpflichtend sind. . . . Auch ohne ausdrückliche amtliche Anweisung muß jeder Buchhändler wissen, auf was es heute ankommt. Wer volkschädliches Schrifttum vertreibt, wird sein Recht auf Berufsausübung verlieren.“

Da sind nun Bücher zu hunderten verbrannt, verboten und verformt worden — aber niemand glaube, daß man sich nach dem offiziellen Index richten kann. Auch die nicht verbotenen Bücher sind verboten, erlaubt ist nur, was dem Eher-Verlag gefällt.

Den Buchhändlern fehlt jeder Kompaß, sie müssen ständig befürchten, ausgehoben und abgeführt zu werden. Zählt Lessings „Nathan der Weise“ nur zu den unerwünschten oder schon zu den volkschädlichen Schriften? Dürfen Friedrich Nietzsches Werke ganz oder nur teilweise angeboten werden? Wie steht es mit Schillers „aufklärerischen“ Prosaschriften? Wie mit der englischen und französischen Literatur? Riskiert der Aussteller, der Verkäufer solcher Werke, daß ihm der Laden geschlossen wird? Wer nur nationalsozialistische Literatur vertreibt, muß allerdings auch sehr bald schließen, weil die Käufer fehlen. Was bleibt übrig?

Der Eher-Verlag! Ihm wird nichts geschehen, an seinen Einnahmen sind nationalsozialistische Parteibeamte bis zu den höchsten Spitzen des Reiches hinauf interessiert. Er wird Geschäfte machen — und wenn die ganze deutsche Literatur zum Teufel geht!

Nicht verzweifeln!

Die Gnade ist nicht mehr in dieser Zeit.
Die Bestie rast, die Seele liegt in Ketten;
Der Haß heult durch die Welt, und Gott ist weit
Und nirgendwo ein Wunder, um zu retten.

Nein, diese Zeit hat keine Gnade mehr.
Die Liebe irrt verlassen durch die Straßen.
Kein Strahl kommt mehr vom Paradiese her,
Des frühen Glanz im Dunkel wir vergaßen.

Und dennoch, Brüder, nicht verzweifelt sein!
Das Licht ist da, wenn wir es auch nicht sehen.
Wir müssen mitten in die Nacht hinein,

Um reiner in den neuen Tag zu gehen,
Und sind wir auch noch fern von seinem Schein,
Einst wird der Mensch in seinem Leuchten stehen.

Horatio.

„Dem Führer gewidmet“

Man könnte es nicht glauben, aber im Amtsblatt des Deutschen Sängerbundes steht es geschrieben, daß sich zu der Ueberfülle der himmlischen Hymnen auf den „Führer“ nun auch die doch so blau-weiß-roten Klänge der Marseillaise gesellt haben. Der harmlose Komponist, der die Marseillaise in künstlerischer Verarbeitung mit dem guten alten Deutschlandlied seinem Führer Adolf Hitler widmete, war zweifellos durch eine der letzten Reden des „Führers“ inspiriert, in der Hitler seine ganze Liebe für Marianne vor aller Öffentlichkeit beteuerte. Das hindert jedoch den Gauleiter des Deutschen Sängerbundes des Gaues Nassau nicht, im besagten Amtsblatt über diesen befähigten Komponisten wie über einen Scharlatan seinen ganzen Zorn auszuschütten und sich im Zusammenhang damit auch gegen den „Kitsch im Chorlied“ zu wenden:

„Konjunktur-Komponisten“ hat es im Männerchor allzeit gegeben; heute stehen sie in Hochblüte! Was früher der deutsche Rhein und jetzt das „dritte Reich“ und das Saarland von diesen jederzeit bereiten Auch-Komponisten über sich ergehen lassen müssen, übertrifft alles Dagewesene und bedarf manchmal schon einer polizeilichen Kontrolle. Vor mir liegt z. B. ein (Adolf Hitler gewidmetes!) in Text und Musik gleich schauerliches Machwerk (Werk 100!), das zur Verherrlichung des neuen Deutschland im Mittelsatz mangels anderer Einfälle fast notengetreu die Marseillaise-Melodie bringt und im Schlußsatz das Deutschlandlied in der grausamsten Weise verewaltigt! Wenn wir unsere Männerchor-Literatur ernstlich reinigen wollten, so dürfen wir vor der neuesten Produktion nicht haltmachen. Hier heißt es: Augen auf! Weg mit dem nationalen Kitsch!“

Einverstanden! Wenn aller nationaler Kitsch abgeschafft wird, muß Hitler an erster Stelle verschwinden!

Abschied von der deutschen Pädagogik

Das Ende der „Preußischen Lehrzeitung“

Infolge der Ueberführung des preußischen Lehrervereins in die Abteilung „Wirtschaft und Recht“ des Nationalsozialistischen Lehrerbundes muß, so lesen wir in der gleichgeschalteten Presse, die „Preußische Lehrzeitung“ Ende November ihr Erscheinen einstellen. Nach 60 Jahren des Bestehens gibt sie ihre Facharbeit auf und wird zu einem Mitteilungsblatt der Abteilung „Wirtschaft und Recht“. Der Verleger Hopf in Spandau gründete die „Preußische Lehrzeitung“ im Jahre 1875. Sie sollte die Tageszeitung des preußischen Lehrers werden und gleichzeitig neben den Tagesereignissen fachliche Fragen erörtern. Die Zeitung fand sehr schnelle Verbreitung. Unvergessen ist ihr Anteil an den Kämpfen gegen die schul- und kulturpolitische Reaktion zur Kaiserzeit. Scharf und schneidig war ihre Sprache, wenn es sich darum handelte, für die fortschrittliche Entwicklung der preußischen Volksschule einzutreten, wenn es galt, die Standesinteressen der Lehrerschaft zu verteidigen, oder wenn die Öffentlichkeit über schulpolitische Fragen aufgeklärt werden sollte. In den bewegten Zeiten der Vergangenheit war die „Spandauer“ die Zeitung der Lehrerschaft, die, unbekümmert um Parteipolitik, ihre ganze Arbeit den fachlichen und kulturpolitischen Problemen widmete. Mit Stolz und mit Dankbarkeit werden sich die Leser stets der „Preußischen“ erinnern, wenn sie an die Zeiten des Kampfes um Freiheit und Fortentwicklung der preußischen Volksschule zurückdenken.

Und mit alledem, mit Freiheit, fortschrittlicher Pädagogie, ist eben jetzt zu Ende. Darum ist der Tod der „Preußischen Lehrzeitung“ durchaus folgerichtig.

Das Deckblatt

Für das „beanstandete“ Geschichtslehrbuch

Nachdem in dem Geschichtslehrbuch „Teubners Geschichtliches Unterrichtswerk für höhere Lehranstalten, Ausgabe A, Teil I: Geschichte der Griechen und Römer“ von Steudel, die vom Unterrichtsminister beanstandeten Stellen durch ein Deckblatt ersetzt und am Schluß des Buches ein Nachtrag hinzugefügt worden ist, der der nationalsozialistischen Geschichtsauffassung gerecht zu werden versucht, hat der preußische Unterrichtsminister die weitere Benützung des Buches im Unterricht genehmigt. Der Verlag hat jedoch den Schülern, an denen das Lehrbuch bisher im Gebrauch war, die notwendige Anzahl von Deckblättern und Ergänzungsbogen kostenlos nachzuliefern. Die Genehmigung gilt, bis neue Richtlinien für den Geschichtsunterricht vorliegen. . .

Freund, wer ein Lump ist, bleibt ein Lump.
Zu Wagen, Pferd und Fulle:
Drum glaub an keinen Lumpen je,
An keinen Lumpen Reife.

{Goethe}

„Preußischer Kommiß“

Soldatengeschichten / von August Winnig

August Winnig, der Verfasser der vor dem Kriege erschienenen Schrift „Preußischer Kommiß“, ist heute glühender Nationalsozialist. Er dient der braunen Sache in Wort und Schrift, unter Preisgabe seiner Vergangenheit. Einst, als junger Proletarier, war er zum Sozialismus und zur Sozialdemokratie gekommen bewegt von den hohen Gedanken der Freiheit und der Menschenrechte. Es gelang ihm, im freigewerkschaftlichen Bauarbeiterverband einen führenden Posten zu gewinnen. Nach der Umwälzung von 1918 wurde er Oberpräsident in Ostpreußen, damals freilich schon in seinem alten Bekenntnis zögernd und schwankend. Sein politisches Ende in der Republik führte der Kapp-Putsch vom März 1920 herbei. Es erwies sich, daß er der zweideutigen Haltung der Reichswehrkommandeure in jenen kritischen Tagen Vor-schub geleistet hatte.

Dann ratschte August Winnig immer weiter nach rechts. Er wurde der Vertrauensmann Hugenbergs und Stinnes, für deren Blätter er seine flinke Feder in Bewegung setzte. Heute ist er einer von den 110-Prozentigen: wildester Nationalsozialist, begeisterter Militarist und nationalsozialistischer Schriftleiter. Sein Buch „Preußischer Kommiß“ hat er längst verleugnet, weil es die denkbar schärfste Anklage des militaristischen Kadavergehorsams darstellt, zu dessen Anbetern er heute gehört. Ein Grund mehr für uns, unseren Lesern einig Kapitel aus dem Buche August Winnigs vorzulegen.

Als wir von dem im Herzen Deutschlands gelegenen Sammelplatz unter starker militärischer Begleitung nach dem fernen Osten, zu unserm Truppenteil, transportiert wurden, nahm in unserem Kupee ein Sergeant mit einigen Gemeinen Platz. Der Sergeant war ein Mensch, an dem der Blick nicht ganz flüchtig vorübergehen konnte. Obwohl er noch nicht besonders alt war, hatte er doch schon stark ergrautes Haar. Aber trotz diesem Zeichen verbrauchten Lebenszenen war er noch ungemein frisch und wußte anregend zu erzählen. Ohne zu ermüden, gab er bereitwillig Antwort auf unsere vielen Fragen nach dem Wo? und Wie? unserer Zukunft. Es versteht sich, daß wir ihn weder hungern noch dursten ließen, und da er ein Sergeant war, so war es auch selbstverständlich, daß er unsere Gaben gern annahm. Aber er tat es nicht mit der Geste der Selbstverständlichkeit, mit der etwa ein Despot den Tribut seiner Vasallen einsackt, sondern mit bürgerlich-höflichen Manieren und einem verbindlichen Lächeln auf den Lippen.

Das machte ihn uns angenehm. Es war wenig von Vorgesetzten in seinem Gehaben und darum wurde auch unsere Unterhaltung ziemlich frei. Ja, als wir Berlin passierten und vom Bahnhof Friedrichstraße die in der Herbstsonne flimmernde Kuppel des Reichstages erblickten, wagte ich sogar die Bemerkung, das sei das letzte Zeichen bürgerlicher Freiheit, von der wir nun Abschied nehmen müßten. Er lächelte dazu und meinte, ich könne schon recht haben. Damit kam unser Gespräch auf Politik und insbesondere auf ihren Zusammenhang mit der Armee, und wer im Reichstag am meisten für sie einträte. „August Bebel!“ sagte ich.

„Sie meinen wegen der Mißhandlungen?“ fragte der Sergeant.

„Jawohl! Denn darunter leiden die Soldaten am meisten. Ich begreife wohl die Scheu mancher Leute, ihr Beschwerde-recht zu gebrauchen, aber ich meinerseits werde es anders halten. Ich würde ohne Zagen jeden melden, der mich mißhandelt, und wollte einmal sehen, ob man wirklich das Recht des Untergebenen unter die Füße tritt!“

Der Sergeant sagte nichts darauf. Er bat mich um Feuer, um seinen Stummel anzuzünden; ich reichte ihm Feuer und Zigarren gleich dazu, er nahm und rauchte und sah mich durch den Qualm lächelnd an. Nachher sprachen wir über andere Dinge, über Land und Leute im Osten und kamen auf unser Beschwerdethema nicht wieder zurück. Sonst aber verkehrten wir so nett und liebenswürdig wie vorher.

Als wir später in die Kompanien eingeteilt waren und am folgenden Tage zur Einkleidung antraten, entdeckte ich zu meiner ziemlichen Ueberraschung, daß ich gerade in die Kompanie gekommen war, der auch mein tressen- und knopfgeschmückter Reisebegleiter angehörte. Der Sergeant erkannte mich auch gleich wieder und half mir beim Verpassen der Kleidungsstücke, aber etwas hatte er von seiner Liebenswürdigkeit schon eingebüßt. Sein Lächeln war weniger verbindlich als spöttisch. Ich sah das und wunderte mich nicht weiter darüber.

Dienstäglich hatte ich mit ihm wenig zu tun. Erst als wir nach mehreren Wochen die Gewehre erhielten, womit die Ausbildung in Zielen als erste Stufe der Schießausbildung anfang, sah ich ihn wieder. Bei diesem Dienst war er mit einem Vizefeldwebel die Hauptperson. Dieser Feldwebel war ein ganz unausstehlicher Mensch, ein Wichtigtuier, Schauspieler und Leuteschinder. Ein Pole von Geburt, hatte er beim Militär seinen Namen germanisieren lassen, aber seine Knechtsnatur schimmerte unter dem Firnis preußischer Unteroffiziersbildung immer wieder durch. Sobald wir uns nur gesehen hatten, waren wir uns gegenseitig über unsere Beziehungen zueinander klar. Er verfolgte mich mit all der kleinlichen Schikane, worin diese Sorte so unerreicht Meister ist.

Einmal hatte ich ein Gewehr auf einen Punkt der Scheibe einzurichten. Er kontrollierte und fragte mich, wohin das Gewehr zeigen solle.

„Acht kurz“, sagte ich.

„Ist das acht kurz?“ fragte er pikiert.

Ich sah noch einmal durch und meinte, ja, es sei genau dahin eingerichtet.

„Ich sage, es ist nicht acht kurz!“ schrie er mich an. Dann ging er noch einmal ans Gewehr, visierte, verschob es heimlich und rief den Sergeanten.

„Sagen Sie dem Kerl mal, was er da zusammengeschichtet hat“, krächte er affektiert.

Der Sergeant sah hin. „Das ist in meinem Leben nicht acht kurz. Drei kurz links, eine Hand breit vom Strich!“ sagte er, mich vorwurfsvoll anblickend.

„Dann hat es der Herr Feldwebel verschoben“, rief ich etwas erregt.

„Du Hand willst so etwas sagen?“ schnaubte mich der Feldwebel an.

„Ich habe es ja ganz genau gesehen!“ erwiderte ich.

Der Feldwebel sah sich erst vorsichtig um, dann stürzte er mit erhobener Faust auf mich zu.

„Herr Feldwebel!“ rief der Sergeant jetzt erregt. „sehen Sie sich nicht unglücklich! Er ist ein S! ein S!“ Dabei trat er dicht vor ihn und beschwichtigte ihn.

Der Feldwebel ließ den Arm sinken und sah mich mit einem Blick voller Gift und Galle an. „Aha, so stehen die Sachen! Ja, dann darf man sich die Hände nicht an ihm schmutzig machen! Das Gesindel muß behandelt werden wie Kreuzottern: von weitem mit dem Stock aufspießen! Pfui Deibel!“

Er spie vor mich hin. „Mach, daß du wegkommst, du Aas, ich will dich hier nicht mehr sehen!“

Das tat ich denn auch. Am andern Tage sagte der Sergeant: „Ich habe Ihnen einen großen Dienst erwiesen, Freundchen!“

„Ich danke, Herr Sergeant. Aber ich glaube: auch dem Feldwebel.“

Dieser Zwischenfall war sehr nützlich für mich. Ihm habe ich es zum guten Teil zuzuschreiben, daß ich von jeder körperlichen Mißhandlung verschont blieb. Uebrigens war es mir bitterer Ernst mit dem Vorsatz, jede mir zugefügte Mißhandlung zu melden. Indessen war es so viel besser, denn was bei Beschwerden herauszukommen pflegt, konnte ich bald in nächster Nähe kennen lernen.

Einige Tage vor Ostern wurde wieder ein Mann meiner Korporalschaft grob geschlagen. Es war uns befohlen worden, im Laufschrift unsere auf dem Exerzierplatz abgelegten Tornister zu holen. Wir liefen nicht alle gleich schnell, und der Korporalschaftsführer lief hinter uns her und trieb uns schreiend zur Eile an. Einer lief, ob absichtlich oder aus Unfähigkeit, etwas langsam. Der Unteroffizier stieß ihn vier- oder fünfmal mit dem Gewehrkolben zwischen die Schultern so hart, daß der Mann zusammenbrach. Nachdem er wieder zu sich gekommen war, rückten wir ein. In der Mittagspause ging Stöben, so hieß der Geschlagene zum Feldwebel und meldete die Mißhandlung. Am andern Tage mußte er die Meldung wiederholen und die Zeugen des Vorfalles nennen. Er nannte die ganze Abteilung, zirka acht-zehn Mann.

Der Unteroffizier fragte bei uns herum, wer Augenzeuge sei, daß er Stöben geschlagen habe. Es blieben sechs übrig, die andern hatten es nicht gesehen. Sie hatten es natürlich alle gesehen. Aber sechs Zeugen waren immer noch ausreichend.

Nun wurde Stöben von allen Instanzen bearbeitet. Erst hat ihn der Unteroffizier, die Meldung zurückzunehmen. Stöben blieb fest. Dann kam der Feldwebel. Aber Stöben blieb fest. Die Sache kam vor den Hauptmann. Auch er bearbeitete Stöben, aber dieser widerstand. Dazwischen hindurch kamen Unteroffiziere und andere Geister, die alle den Stöben beschworen, er möge keinen „alten Korporal mit sieben Dienstjahren“ unglücklich machen. Es half nicht. Nun wurde ein anderer Weg eingeschlagen. Von den sechs Zeugen hatten vier um Osterurlaub gebeten, darunter auch mein Busenfreund Seele und ich. Einer nach dem andern wurde in die Schreibstube befohlen, und wenn er wieder zurückkam, war er konsterniert und fluchte über die hinterlistige Gemeinheit. Als Seele zurückkam, brachte er mir den Befehl, vor dem Feldwebel zu erscheinen.

„Junge“, sagte er, „mit unserm Urlaub ist's Essig!“

„Bist verückt! Wieso denn?“

„Wer wirklich genau gesehen hat, daß Stöben geschlagen wurde, muß hierbleiben.“

„So 'ne Gemeinheit!“ sagte ich und ging hinunter.

„Sie haben auch um Urlaub gebeten, nicht wahr?“

„Jawohl, Herr Feldwebel.“

„Herr Hauptmann hat nichts dagegen, ich lasse Sie auch gern fahren, weil Sie sich zusammengerissen haben und gut begreifen. Aber Sie waren mit dabei, als Stöben hingefallen ist und wollen gesehen haben, daß der Unteroffizier ihn geschlagen hat. Nicht wahr?“

„Jawohl, Herr Feldwebel, das habe ich gesehen.“

„Ja, dann können Sie eben nicht auf Urlaub fahren, denn Sie werden ja dann als Zeuge gebraucht“, meinte der Feldwebel mit vielsagendem Blick.

„Könnte ich meine Aussagen nicht vorher machen, sie vielleicht beim Bataillonsadjutanten zu Protokoll geben?“ fragte ich.

„Ach was! Wenn Sie das gesehen haben, müssen Sie hier bleiben.“

Ich überlegte und kämpfte mit starker Versuchung.

„Ich kann mir gar nicht erklären, wie Sie das nur gesehen haben wollen. Denn, wenn es geschehen ist, so war es doch in ihrem Rücken. Besinnen Sie sich mal! Sie glauben, es gesehen zu haben; Sie bilden sich das ein, weil der Stöben es hinterher erzählte!“

„Nein, Herr Feldwebel; ich hatte meinen Tornister schon in die Hand genommen und mich wieder umgedreht und habe ganz genau gesehen, wie der Unteroffizier den Stöber vier- oder fünfmal sehr stark mit dem Kolben ins Kreuz gestoßen hat.“

Der Feldwebel fixierte mich eine Weile und sagte dann: „Merken Sie sich: wenn Sie es wirklich ganz genau gesehen haben, dann können Sie nicht fahren; wenn Sie aber glauben, daß doch ein Irrtum vorliegen kann, dann kommen Sie als Zeuge nicht mehr in Betracht und können morgen Mittag auf Urlaub gehen. Bis dahin haben Sie Zeit zum Ueberlegen. Denken Sie aber nicht, daß der Hauptmann jemals wieder einem Manne Urlaub gibt, der mit daran schuld hat, daß ein Unteroffizier von der Kompanie bestraft wird. Nun besinnen Sie sich: morgen früh will ich Bescheid haben.“

Damit war ich entlassen. Als ich auf die Stube zurückkam, erwarteten mich die drei anderen Urlauber schon. Sie waren neugierig, wie ich mich gehalten hatte. Wir sahen uns alle vier an und brachen wie auf Kommando in Lachen aus. Wir lachten außerordentlich laut und herzhafte, wir lachten lange, wir lachten, daß uns der Bauch schmerzte. Warum? Das kann ich heute nicht mehr sagen; aber es war etwas ansteckendes in dieser Lachlust, die allen Gram über den fortschwimmenden Urlaub niederriß. Ich weiß keinen Grund für unsere Fröhlichkeit anzugeben; doch vielleicht war es der über alle kleinliche Schikane hinwegstürmende Lebensmut kraftsprühender Jugend, der sich seiner Ueberlegenheit bewußt war.

Natürlich hatten wir alle vier festgehalten an dem, was wir gesehen hatten, und waren uns auch einig darin, uns unser Gedächtnis nicht durch die angedrohte Entziehung des Urlaubs „korrigieren“ zu lassen. Wir waren eben alle keine Patrioten im Sinne preußischen Kommißgermanentums.

Beim Antreten am andern Morgen rief uns der Feldwebel abseits und fragte uns, ob wir uns nicht anders besonnen hätten.

„Nein, ich kann nichts anderes sagen, als was ich gesehen habe“, erwiderte jeder von uns.

„Eintreten! Gemeine Bande!“ rief uns der Feldwebel zu.

Während der Pausen, die der Dienst an diesem Morgen ließ, schmiedeten wir Pläne, wie wir nun Ostern verleben wollten. Urlaub gab's nicht, also mußten wir sehen, wie wir auf andere Weise das Reisegeld vertun konnten. Zu völliger Einigkeit waren wir bis Mittag nicht gekommen. Dann rückten wir ein.

Vor dem Kompanierevier mußten wir halten. Der „Alte“ wartete mit dem Feldwebel schon auf uns. Nachdem wir uns aufgestellt hatten, befahl der Hauptmann dem Feldwebel, die Urlauber vorzulesen. In dumpfer Resignation hörten wir die Namen aus der ersten, zweiten und dritten Korporalschaft verlesen. Dann kam unsere.

Da wurde mein Name aufgerufen.

Ich war wie aus den Wolken gefallen und glaubte mich verhört zu haben.

„Na, wollen Sie nicht?“ rief der Feldwebel lauter.

„Hier!“ schrie ich und trat zu den Urlaubern.

Dann kamen wieder andere Namen und auch die übrigen drei Zeugen wurden mit aufgerufen. Wir wußten nicht, was das zu bedeuten habe. Als alle aufgerufen waren, hielt uns der alte noch eine schöne moralische Standpauke, von Saufen, Arrest und Arbeiterabteilung, dann erhielten wir unsere Urlaubspässe. Um drei Uhr dampften wir nach dem Westen und sahen die grauen Klöße der Festungswerke im Dunstschleier verschwinden.

Während des zehntägigen Urlaubs dachte ich nicht oft an die Affäre Stöben; aber wenn ich es tat, dann war mir gar nicht sehr wohl zumute; ich hatte die Empfindung, daß hier etwas nicht in Ordnung sein konnte. Nach den durch-jubelten Tagen fuhr ich mit gemischten Gefühlen wieder zur Garnison zurück. Es war Mitternacht, als ich in die Kaserne kam. Ich weckte einen der Kameraden und fragte ihn nach dem Ausgang der Sache.

„Ach“, sagte er schlaftrunken, „das ist eine dumme Geschichte gewesen. Den Stöben haben sie dabei zu packen gekriegt.“

„Den Stöben? Wieso den?“ fragte ich.

„Ja“, sagte er etwas munterer, „die Sache war doch die, daß er keinen Zeugen hatte. Ihr wart auf Urlaub, den anderen beiden hat man nicht geglaubt; das sind doch alte Leute, weißt du, und die wollten aus Rache den Unteroffizier reinreißen, so sagte man. Und da hat der Oberst den Stöben wegen Nichtausführens eines Dienstbefehls mit drei Tagen Arrest bestrafen lassen.“

„Welches Dienstbefehls?“

„Ja, weil er nicht gelaufen, sondern langsam gegangen ist; und der Unteroffizier hatte doch laufen befohlen. Die Strafe wegen falscher Meldung will ihm der Oberst schenken, weil er dachte, Stöben sei von anderen Leuten dazu angestiftet gewesen. Wenn er sich aber in diesem Jahre noch was zuschulden kommen läßt, soll er deswegen auch noch bestraft werden.“

„Ist Stöben schon im Kasten?“

„Er ist schon wieder draußen. Ihr seid Gründonnerstag fortgefahren und Stöben ist am stillen Freitagmittag in 'n Kasten gegangen.“

„Donnerwetter! Also deswegen hat man uns auf Urlaub geschickt! So 'ne Gemein — — —“

„St! Der Unteroffizier ist noch nicht lange schlafen gegangen; sei ruhig!“

Diese Affäre lehrte uns, was wir von Beschwerderecht hatten. Nach solchem Ausgang hatte natürlich keiner mehr Lust, sich über Mißhandlungen zu beschweren, und diese wurden ärger und häufiger als zuvor. Doch nicht allein die Unteroffiziere schlugen und stießen die Leute, auch die Leutnants und der Hauptmann, dieser erst recht, bützelten drauf los, als ob sie Hunde zu dressieren hätten. Sogar der Major schämte sich nicht, die Leute mit der Faust ins Gesicht zu schlagen. Wir — ein kleiner Kreis von Vertrauten — nahmen das mit wachsender Erregung wahr.

Mandmal giug ich abends ins Gehölz, das das Glacis bedeckte und hing dort meinen Zorngedanken nach. Ich fantasierte von einer großen blutigen Abrechnung und grübelte über die Möglichkeiten nach, wie sie wohl herbeigeführt werden könnte.

(Fortsetzung folgt)

Die Entmannen

In der ärztlichen Sachverständigen-Zeitung, herausgegeben in Berlin am 15. 11. 1934, Nr. 22 des 40. Jahrgangs, kann man folgendes lesen:

Keine Entmannung bei Sittlichkeitsverbrechen aus homosexueller Veranlagung

Die Anordnung der Entmannung ist zwingend an die Einhaltung eines ärztlichen Sachverständigengutachtens gebunden. Das Gericht kann zwar an sich von der Meinung des ärztlichen Sachverständigen abweichen, auf jeden Fall muß aber der Mediziner im Entmannungsverfahren gehört werden, und im Regelfall wird sich das erkennende Gericht selbstverständlich bei seiner Entscheidung von dem Ja oder Nein des ärztlichen Sachverständigen leiten lassen. Diese Tendenz findet in der Entscheidung des Reichsgerichts 2 D 672/34 in ganz ausgeprägter Form hinsichtlich der Frage ihren Niederschlag, wann Entmannung bei Sittlichkeitsverbrechen zulässig ist, die aus homosexueller Veranlagung begangen sind.

Das Reichsgericht führt aus: Wie die einschlägige medizinische Fachliteratur erkennen läßt, wurde bei den an Homosexuellen vorgenommenen Entmannungen bisher in der Regel die erstrebte Besserung der Triebreitung nicht erreicht. Dies ist auch der Grund, warum nach den geltenden Strafbestimmungen die Entmannung bei Verurteilung Homosexueller nach § 175 StGB nicht zugelassen ist und auch eine Vorbeziehung nach § 175 StGB nicht zur Erfüllung der Voraussetzungen des einschlägigen § 42k Nr. 1 StGB ausreicht. Wenn hiernach auch bei einer aus homosexueller Veranlagung begangenen, aber nur aus dem rechtlichen Gesichtspunkt des § 175 Nr. 3 StGB (Unzüchtige Handlung) abgeurteilten Straftat und einer aus ähnlicher Triebreitung begangenen Vorbeziehung gleicher Art formell die Anordnung der Entmannung neben der Verurteilung aus § 175 Nr. 3 StGB möglich ist, so hat doch in diesen Fällen die Anordnung der Entmannung eine besonders sorgfältige Prüfung in der Richtung zur Voraussetzungen, ob die Allgemeinheit bei der Vornahme des Eingriffs vor weiteren Untaten des Sittlichkeitsverbrechens voraussichtlich verschont bleibt. — Im konkreten Fall ist daher nach Möglichkeit zu klären, welche besondere Ursachen der Abart des Geschlechtstriebes des Angeklagten zugrunde liegen, ob mit deren Verschwinden etwa zu rechnen ist, und aus welchen Gründen der Angeklagte nicht über die nötigen Hemmungen verfügt. (2 D 672/34. — 2. 7. 1934.)

Entmannung und Erfolgsaussicht

Reichsgericht vom 5. Juni 1934 in JW. 1934 S. 2410 ff.

Die Straftat eines Unzucht-Verbrechens lief am 1. Januar 1934 um 19.10 Uhr ab. Er beschwerte sich gegen den Antrag der Entmannung, weil nach dem Wortlaut des Gesetzes nur der Entmannung werden könne, der nach dem

1. Januar 1934 eine entsprechende Freiheitsstrafe verbüße. Außerdem sei die Aussicht des Erfolges, einer Verabfolgung des Geschlechtstriebes, nicht hinreichend darzulegen. Das Reichsgericht wies die Revision zurück. Nach dem erkennbaren Willen des Gesetzgebers sollten von nachträglichen Sicherungsmaßnahmen die verschont bleiben, die ihre Strafe vor dem Inkrafttreten des Gesetzes voll verbüßt hätten. Das Gesetz sei aber mit dem 1. Januar 1934 in Kraft getreten. Der vom Beschwerdeführer angeführte Gesetzeswortlaut beruhe offensichtlich auf einem Versehen.

Im übrigen ließe die Anordnung der Entmannung im Ermessen des Richters. Allerdings soll er sie nur anordnen, wenn die Sicherung der Allgemeinheit vor weiteren Untaten das angezeigte erscheinen lasse. In aller Regel lege aber die Entmannung den Geschlechtstrieb wesentlich herab. Das Gemeinwohl hat den Interessen des Sittlichkeitsverbrechens vorzugehen. Die Möglichkeit eines Mißerfolges hat daher grundsätzlich unbeachtet zu bleiben, zumal andernfalls dem Gesetz seine Wirkung genommen werde. Allerdings wäre von Entmannung abzusehen, wenn im Einzelfalle der Sachverständige überzeugend dartue, daß die Entmannung sicher nicht den erstrebten Erfolg haben würde. Da. Se. Diese vom höchsten Gericht des „dritten Reiches“ erkannte Entscheidung, wonach gleichgeschlechtliche Männer auch dann nicht unfruchtbar gemacht werden dürfen, selbst wenn sie weite Kreise der — Hitler-Jugend verdorben haben, gestattet tiefe Einblicke in das Wesen der Nazisgesetzgeber.

Die Sterilisation gilt also nur dem Proleten. Die feinen Leute aber dürfen sich ihren Leidenschaften sorgenlos hingeben. Der Hitlergeist versteht also auf jenem Gebiet sogar Klassenunterschiede und Klassenvorrechte zu legitimieren, auf dem selbst der bürgerliche Staat verhielt, ohne „Ansehen der Person“ zu richten.

Arme Proletarierfrauen (siehe Singen a. G.) sterben unter dem Messer operierender Ärzte (obwohl sie sich gegen die Sterilisation wehrten); reiche Homosexuelle werden schon durch den Gesetzgeber von der Anwendung der Sterilisation ausgenommen.

Wunderbare Welt, dieses Nazi-Deutschland!

„Eckensteher“ strafbar

Die Polizeidirektion in Kaiserslautern hat zur Bekämpfung des wiederkehrenden sogenannten „Eckensteher“ in den Hauptverkehrsstraßen der Stadt eine Razzia durchgeführt. Im Zuge dieser Aktion wurden 13 Personen vorübergehend in Schubhaft genommen und zur Arbeitsleistung herangezogen; die Polizeidirektion will diese „Eckensteherkonvente“ weiterhin mit allen Mitteln bekämpfen und gegen die Beteiligten mit den strengsten Maßnahmen vorgehen.

Das Land der Gerüche und der Bluträuel

Dessau, 30. Nov. Das zweite Schnellverfahren wegen Beleidigung des Reichsanhalters in Braunschweig und Anhalt, des Gauleiters Koepfer, sah den erst am Montag in Dessau vor Gericht. Ihm wurde vorgeworfen, am 19. November in einem Wästhause beleidigende Äußerungen über den Reichshauptkammergericht zu haben. Er gab die Äußerungen zum Teil zu, verteidigte jedoch, sie in der Form abzuschwächen. Außerdem führte er zu seiner Entschuldigung an, daß das Gespräch nur im Kreise von Arbeitsdienstkameraden und Parteigenossen und in der Hierstimmung stattgefunden habe. Die Angeklagten standen dem aber entgegen. Der Staatsanwalt beantragte unter scharfer Beurteilung der üblen Gerüchtmacherei und der durch seine Äußerungen bedingten besonderen Verpflichtung des Angeklagten, zum Schutze des Ansehens der Bewegung und ihrer Träger beizutragen, eine Gefängnisstrafe von einem Jahr, Publikationsbeschluss für das Urteil und sofortige Verhaftung wegen der Höhe der Strafe. Das Urteil lautete auf vier Monate Gefängnis und Publikationsbeschluss. Auch das Gericht geißelte das Verhalten des Beurteilten sehr scharf, insbesondere, daß er als Vorgesetzter, anstatt dem in Umlauf gefassten, als völlig haltlos erwielenen Gerücht entgegenzutreten, im Gegenteil noch für seine Weiterverbreitung gesorgt habe.

Das Sondergericht für die Pfalz verurteilte nach einem Bericht der RZJ. Rheinfront fünf Angeklagte, darunter zwei Ehepaare, zu Gefängnisstrafen von einem Jahr drei Monaten bis zu neun Monaten, weil sie teils in ihren Wohnungen in Gegenwart anderer Personen, teils in der Wohnung von Bekannten geradezu ungenügende Beleidigungen gegen den Führer und Reichsanwalt und Mitglieder der Reichsregierung geäußert hätten. Außerdem waren die beiden Ehepaare beschuldigt, die Hauptzeugin aufgefordert zu haben, aus dem Saargebiet kommunistische Zeitungen einzuschmuggeln. Die Angeklagten bestritten in der Verhandlung ihre Äußerungen und führten die Anzeige und die Äußerungen der Hauptzeugin auf einen Racheakt zurück.

Professor Leisegang

Sechs Monate Gefängnis

Berlin, 2. Dezember.

Das thüringische Sondergericht in Weimar verurteilte den an der Friedrich-Schiller-Universität zu Jena tätig gewesenen Ordentlichen Professor der Philosophie, Dr. Johannes Leisegang, zu sechs Monaten Gefängnis, und zwar wegen vorläufiger Verbreitung unwahrer Behauptungen unwahrer Art. Professor Leisegang war beschuldigt, aus Anlaß der Uebertragung der Lannenbergtrauerfeier am 7. August auf dem Marktplatz in Jena, wohin er als Stahlhelm marschiert war, abfällige Äußerungen über den „Führer“ und dessen Rede gemacht zu haben. So soll er unter anderem gesagt haben, die Rede Hitlers sei doch nur eine Wahrrede, wie er sich auch darüber aufgehalten habe, daß ein Gelehrter die Trauerrede für einen Generalfeldmarschall halte.

Nach einem Bericht des Berliner Tageblatts bestritt der Angeklagte, die letzte Äußerung in dieser Form getan zu haben. Er habe im Gegenteil gesagt, daß der Generalfeldmarschall es sich nicht hätte träumen lassen, daß die Grabrede für ihn von einem schlichten Gelehrten gehalten würde. Die Äußerung hinsichtlich der Wahrrede hingegen gibt Leisegang zu.

Der Staatsanwalt hatte ein Jahr sechs Monate Gefängnis beantragt. Die Anzeige gegen Professor Leisegang war erfolgt auf Grund einer dienstlichen Meldung, die ein Stahlhelmsmann erstattet hatte. Professor Leisegang wurde sofort in Haft genommen.

Die Illegalen

42 Angeklagte

Wiesbaden, 2. Dez. Ein Hochverratsprozess gegen 42 Angeklagte hat hier vor dem hier tagenden Zweiten Strafsenat des Oberlandesgerichts Rassel begonnen. Die Angeklagten, die zum Teil der ehemaligen KPD, angehört oder mit ihr sympathisiert, werden beschuldigt, im Jahre 1934 versucht zu haben, in Wiesbaden und Umgebung zunächst selbständig, dann unter Führungsnahme mit Frankfurt und Mainzer Genossen die Organisation einer Ortsgruppe der illegalen KPD, in die Wege zu setzen, auszubauen und aufrechtzuerhalten. Auf sollen sie weiter versucht haben, zur Vorbereitung des Hochverrats Flugblätter herzustellen und zu verbreiten. Die Verhandlung, für die vier Tage vorzulesen sind, findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die bisher vernommenen Angeklagten leugnen ihre Schuld nicht. Sie sind sämtlich in Haft.

Oberpräsidenten

Ständige Vertreter der Reichsregierung

Der Renaufbau des Reiches im Sinne des nationalsozialistischen Staates ist, so heißt es in einer amtlichen Rundgebung, durch eine „zweite Verordnung“ des Reichs- und preussischen Innenministers Dr. Frick weiterhin gefördert worden.

Es heißt in der Verordnung, daß die Oberpräsidenten beauftragt sind, sich nicht nur von sämtlichen Reichs- und Landesbehörden sowie von den Dienststellen der unter Reichs- und Landesaufsicht stehenden öffentlich-rechtlichen Körperschaften innerhalb der Provinzen unterrichten zu lassen, sondern daß sie diese Stellen auch auf die maßgebenden Gesichtspunkte und die danach erforderlichen Maßnahmen aufmerksam zu machen haben, sowie vor allem, daß sie bei zu erwartender Gefahr einschneidende Anordnungen zu treffen haben. (!) Die Reichsminister können die Durchführung von Reichsaufgaben die preussischen Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten unbeschadet der Dienstaufsicht des Reichs- und preussischen Innenministers unmittelbar mit Weisungen versehen.

Freude für Streicher

In der „Ärztlichen Tageszeitung“ (30. 11.) lesen wir: Rürnbergers Hindenburg-Hochschule judenfrei!

Wieder ein Erfolg der Ausklärungsarbeit Julius Streichers

Vor noch nicht allzu langer Zeit teilten wir mit, daß der Kreisleiter des Kreises, Dr. v. Bruck seinem Krankheitsführer melden konnte, daß der letzte Jude den Kreis verlassen hat. Damit besitzt der Gau Franken den ersten Kreis Deutschlands, der judenfrei ist.

Nichts ist natürlicher, als daß der Gau Franken in der Lösung der Judenfrage vorangeht, geht doch von hier aus der „Stürmer“ ins Land, um aufzuklären und zu überzeugen.

Gestern erhielt Julius Streicher ein Telegramm folgenden Inhalts:

„Gauleiter Franken, Krankheitsführer Julius Streicher, Nürnberg.“

Reide Hindenburg-Hochschule Nürnberg als eine der ersten deutschen Hochschulen judenfrei!

Heil Hitler!

Gez.: Janzen, Gaustudentenführer.“

Schritt für Schritt gehen wir in Deutschland dank der Arbeit Julius Streichers der Lösung der Judenfrage entgegen, getragen von der Ueberzeugung, die der Krankheitsführer mit seinem alten Volk immer wieder allen Deutschen ins Gedächtnis ruft: Ohne Lösung der Judenfrage keine Erlösung des deutschen Volkes.“

Politischer Entlassungsgrund

Oberhausen, 1. Dezember.

Die Stadtverwaltung hatte einen Angestellten entlassen, der schon zwölf Jahre bei ihr beschäftigt war. Auf Grund seiner Beschwerde gegen die Kündigung, die im März erfolgte, erhielt er vom Regierungspräsidenten die Mitteilung, daß seine Entlassung wegen geschäftlicher Äußerungen über die NSDAP und deren Führer vor der nationalen Erhebung erfolgt sei. Nach Klärung einiger Mißverständnisse über die Zuständigkeit wurde das Arbeitsgericht mit der Sache beauftragt.

Der Kläger war der Meinung, seine Entlassung sei deshalb erfolgt, weil er sich vor der nationalen Erhebung die in den damaligen Parteikämpfen von nationalsozialistischer Seite manchmal vertretene Meinung, der Nationalsozialismus und sein Führer gefährdeten die Religion, zu eigen gemacht und auch vertreten habe. Der Vertreter der Stadtverwaltung wies darauf hin, daß nicht allein dieser Umstand, sondern allgemein die geschäftliche Haltung gegen den Führer der Grund zur Entlassung gewesen sei.

Das Gericht kam zu einer Verurteilung der Stadt, die dem Kläger einen Geldbetrag zahlen muß. Es wurde festgestellt, daß das Dienstverhältnis zwischen Kläger und Stadt fortbesteht. In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, das Gericht habe zu prüfen gehabt, ob die Entlassung aus einem wichtigen Grund erfolgt sei (§ 70 SGB.), und es habe diese Frage verneinen müssen. Eine politische Unzuverlässigkeit durch die Worte des Klägers vor der nationalen Erhebung sei nicht gegeben, zumal der Kläger betont habe, daß er einen Strich unter die Vergangenheit ziehe und jedem die Hand gebe, der am Aufbau des nationalen Staates mitarbeite.

Nach zehn Prozent

Die jüdischen Rechtsanwälte in Deutschland

Nachdem im Juli dieses Jahres die Zahlen über die Auswirkungen des Gesetzes über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft vom 7. April 1933 für das Land Preußen veröffentlicht worden sind, gibt die „Juristische Wochenschrift“ nunmehr eine Aufstellung über die Zahl der Anwälte am Ende des Jahres 1933. Danach waren Ende des Jahres 1933 18.058 Rechtsanwälte in Deutschland zugelassen; 2000 davon waren Nichtarier. Die Zahl der Nichtarier war in den einzelnen Oberlandesgerichtsbezirken verschieden. Durchschnitlich betrug sie etwas mehr als 10 Prozent. In Berlin waren von 2849 Rechtsanwälten 1178 Nichtarier. Am geringsten waren die Nichtarier im Oberlandesgerichtsbezirk Rostock mit 5 von 228 Anwälten vertreten. Auch in Dresden waren von 1725 Anwälten nur 76 nichtarisch. Beim Reichsgericht in Leipzig befanden sich am Stichtag unter den 24 Mitgliedern der Anwaltskammer 2 Nichtarier.

Blick ins Braune

Menschen und Tiere

In der Broschüre von Hermann Gaus „Neue Grundlagen der Rassenforschung“ (1933, Adolf Klein Verlag, Leipzig) lesen wir auf Seite 17:

„Der nichtnordische Mensch nimmt eine Zwischenstellung zwischen Nordischen (Gaus schreibt immer den Nordischen Menschen mit großen, den Nichtnordischen mit kleinem Anfangsbuchstaben, D. Schriftl.) Menschen und den Tieren, und steht den Menschenaffen ein. Er ist darum kein vollkommener Mensch, er ist überhaupt kein Mensch im eigentlichen Gegensatz zu dem Tiere, eben nur ein Uebergang dazu, eine Zwischenstufe...“

So in einem Körper teil die eine Rasseform Nordische Merkmale hat, z. B. die ostbaltischen blauen Augen, die dann auch bei Tieren vorkommen können, wie z. B. bei den weissen Gänzen; da hat eine andere Rasseform wieder nichtnordische Merkmale. So eignet ein einzelnes Merkmal nicht allen Menschen gleich, z. B. das Sprachvermögen eignet auch Vögeln und das Fehlen des Selbstbewußtseins auch dem Monogenen. So würde sich auch nur in einem einzigen Merkmale ein Gemeinbegriff Menschheit nicht rechtfertigen lassen. Das eine oder das andere Tier hat sogar wieder Nordische Merkmale, wie der Hund die Treue, die der nichtnordische Mensch nicht hat...“

In keinem Merkmal unterscheidet sich der Nordische Mensch vom Affen, worin er sich nicht auch vom nichtnordischen unterscheiden würde, und in keinem vom Nichtnorden, worin nicht auch vom Affen. Was der Nordische Mensch mit dem Nichtnorden gemeinsam hat, hat er auch mit Affen und anderen Tieren gemein. Der grundsätzliche Gegensatz zu den Merkmalen würde also die Gegenüberstellung Nordischer Mensch — Tier ergeben, so daß der nichtnordische Mensch zur Tierwelt mit ihrer Gesamtheit der nichtnordischen Merkmale rechnen würde, in Anbetracht seiner Zwischenstellung der Mehrheit seiner Merkmale eben nur als Untermensch angesprochen werden könnte.

Somit können wir das rassenkundliche Grundgesetz aufstellen: Es gibt kein körperliches und seelisches Merkmal, das einen Begriff Menschheit im Unterschiede zu den Tieren rechtfertigen würde, sondern nur Unterschiede zwischen dem Nordischen Menschen einerseits und dem Tiere überhaupt einschließlich der nichtnordischen Menschen oder Untermenschen als der Uebergangsform.“

Scheidung von Mischehen

In der von Dr. Hans Frank herausgegebenen Zeitschrift „Deutsches Recht“ vom 10. November berichtet Rechtsanwalt Hans Schütze, Jena, über die Urteile des Reichsgerichts vom 12. Juli 1934 zum Problem der nachträglichen Aufhebung von Rassenmischehen. Im Hinblick auf die künftige Regelung hält er es, wenn man den nur selten eine Aufhebung zulassenden rechtlichen Bedenken des Reichsgerichts festhalten will, den beiden Ehegatten einer vor dem 1. Januar 1934 geschlossenen Mischehe die Möglichkeit zur Auflösung ihrer Ehe im Wege einer Scheidungsklage zu geben. In diesem Zusammenhang heißt es in den Ausführungen abschließend:

„Dem in einer Rassenmischehe lebenden arischen Ehegatten bleibt heute — wenn er nunmehr rassistisch verantwortungsbewußt handeln will — kaum etwas anderes übrig, als sündenlos zu bleiben. Tut er das nicht, dann hilft er, an der rassistischen Zerstückelung seines Volkes mitzuarbeiten. Denn nur er selbst, nicht seine Kinder, sind rassistischer Volksgenossen. Seine Kinder werden artfremde Mischlinge, mildernden Rechts. Auch dem anderen Ehegatten kann eine solche Aussicht für die gemeinsame Nachkommenschaft nicht gleichgültig sein. Der Rassengegensatz der Eheleute kann insofern einen solchen Grad erreichen, daß die eheliche Gemeinschaft zwischen den Ehegatten (insbesondere die Geschlechtsgemeinschaft) im Hinblick auf die Unmöglichkeit rassistischer Fortpflanzung aufgehoben sein wird und keine Aussicht auf Wiederherstellung dieser Gemeinschaft besteht.“

Das Land des Grauens

Bericht eines Pariser Advokaten

Die Internationale Juristische Vereinigung erlährt von dem Pariser Rechtsanwalt Rogelaar, der sich in ihrem Auftrag nach Berlin begeben hatte, folgende Einzelheiten über das Verfahren vor dem Volksgericht:

Das Gericht besteht aus zwei Berufsrichtern und drei hohen Funktionären der SA und SS in voller Uniform. Ziehen Kamäle „verteidigen“ die Angeklagten Mitglieder der SA, die wegen Hochverrats angeklagt waren, keiner der Anwälte, unter ihnen auch einige Wahlverteidiger, wagte je einen Vorstoß oder erwiderte auch nur auf die zahlreichen Angriffe durch den Staatsanwalt. Sie schwiegen, wenn ihnen Mandaten das Wort abgeschnitten wurde; sie schwiegen auch als am zweiten Tag der Staatsanwalt den Ausschluß der Öffentlichkeit beantragte. Als Rechtsanwalt Rogelaar sich am Schluß der Sitzung seinen deutschen Kollegen vorstellte wollte er keine von ihnen, ein Wort mit ihm zu sprechen oder gar ihm die Hand zu reichen.

Die Verhandlung war zunächst „öffentlich“, das heißt einige Kamilitenangehörige der Angeklagten waren, mit einer Vertretung vom Justizministerium versehen, anwesend. Schon kein Mensch! Insbesondere kein einziger Vertreter der inländischen oder ausländischen Presse! Der Vorsitzende empfing den Pariser Anwalt höflich und gestattete ihm, der Verhandlung beizuwohnen, da „das Gericht nichts zu verbergen habe“.

Die Angeklagten werden zur Sache vernommen. Der Vorsitzende hielt ihnen ihre früheren Geständnisse vor. Und im Bewußtsein der Anwesenheit des französischen Anwalts, des Repräsentanten des Auslands, sprachen die Angeklagten, einer nach dem andern, Sprüche von den unsäglichsten Forderungen, denen sie ausgeliefert gewesen waren, und widerriefen ihre mit Hilfe dieser Forderungen erpressten Geständnisse. Der Vorsitzende erriet in heftige Verlegenheit. Mit einem eiligen „das stimmt ja nicht“, suchte er die Enthüllung der Wahrheit zu hindern.

Der nächste Tag sollte die Vernehmung der beiden Belastungszeugen bringen, von denen einer ein Kriminalkommissar ist. Aber das Gericht, das tags zuvor so stolz erlährt hatte, es habe nichts zu verbergen, war sich dessen bewußt, wie kümmerlich die „Beweise“ gegen die Angeklagten waren, wie leicht diese sie hätten widerlegen können. Das durfte nicht in die Öffentlichkeit vor allem nicht ins Ausland dringen! Auf Antrag des Staatsanwalts wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen! Deutscher kann man freilich die Aufsehbarkeit des Verfahrens, die Unhaltbarkeit der Urteilsprüche, das ganze partielle Verfahren dieses Gerichtshofs nicht zugeben.

Beschlüsse

zur Durchführung des Boykotts

London, den 2. Dezember 1934.

Im Rahmen der gegenwärtig in London tagenden Internationalen Unparteiischen Konferenz für Boykott der Waren Hitler-Deutschlands wurden drei Ausschüsse gewählt, die die Fragen der Boykotttätigkeit, der Ermittlung neuer Bezugswaren zum Erlaß der vom Handel ausgeschlossenen deutschen Waren, der Propaganda und Information zu behandeln haben. Unternehmend unterbreitete die Nichtlinien für Organisation einer Weltöffentlichkeit zur Leitung der Boykottbewegung. Die polnische Delegation unterbreitete Vorschläge über Ausübung eines moralischen Drucks auf

Boykottbrecher; solche sollen sich vor gesellschaftlichen Gerichten zu verantworten haben. Eine „schwarze Liste“ soll regelmäßig die Namen der unverbesserlichen Boykottbrecher der Öffentlichkeit mitteilen. Jüdische Boykottbrecher sollen ein Mandat als Abgeordnete, als Stadträte oder als Mitglieder einer jüdischen Gemeinderatsversammlung nicht bekleiden dürfen, auch sollen ihnen die Ehrenämter in den Synagogen entzogen werden. Berufsvereinigungen, wirtschaftliche, soziale, humanitäre und wissenschaftliche Institutionen sollen verpflichtet werden, Boykottbrecher auszuschließen. Alle auf den Boykott Bezug habenden Materialien sollen in einem Archiv vereinbart werden.

In der zweiten Sitzung beschloß die jüdische Sektion, mit den unparteiischen Boykottorganisationen in der ganzen Welt zusammenzuarbeiten und sich der zu schaffenden zentralen Boykottleitung zu unterstellen. Der Sekretär des Londoner Gewerkschaftsrates A. M. Wall hielt eine Ansprache an die jüdischen Delegierten und versicherte sie der Sympathie und der Mitarbeit seiner Organisation. Nur durch die organisierte Macht des Volkes, sagte er, werden wir die Regierung Deutschlands dazu bringen, in ihrem Verhängniswert inrethreten. Die englische Gewerkschaftsbewegung wird in diesem Kampf eine bedeutende Rolle spielen. Wir alle, Juden und Nichtjuden, müssen zusammenstehen gegen die menschenfeindlichen Taten des heutigen Deutschland.

Das Kulturniveau in USSR.

In einem Bericht zu den gegenwärtig stattfindenden Wahlen teilt der Zentralrat der Sowjetgemeinschaften mit, daß die Ausgaben der Gewerkschaften für Kulturarbeit von 25 Millionen Rubel 1931 auf 600 Millionen 1934 gestiegen sind. In den wichtigsten Industriezentren wurden während der letzten 3½ Jahre 22 große Klubs und Kulturpaläste erbaut. In verschiedenen Industriezentren wurden Parks für Kultur und Erholung errichtet, wie in Stalinoград, Kadiweff, Profsojwos usw. Das Red der Gewerkschaftsbibliotheken ist auf 15 000 angewachsen und bedient 5 Millionen Leser. Der gesamte Bücherfonds beträgt 30 Millionen Bücher. Die Zahl der Studierenden an Hochschulen ist von 272 000 im Jahre 1931 auf 420 000 1934 gestiegen. Die Bewegung für die Ablegung gesellschaftlicher, technischer Prüfungen entfaltet sich breit und ist zu einer neuen Art des sozialistischen Wettbewerbs geworden. In den Gewerkschaftsklubs wurden hunderttausende technische Zirkel geschaffen, in denen 2 700 000 Arbeiter und Arbeiterinnen sich die Technik zu eigen machen. In gesellschaftlichen, politischen, allgemeinbildenden sowie Kunst- und Militärsportarten lernen 6 197 000 Personen sowohl jugendliche als ältere Arbeiter. Die Ausgaben der Gewerkschaften für Körperkulturarbeit sind von 16 Millionen 1931 auf 48 Millionen 1934 gestiegen.

Während die sozialistische Sowjetethik erhardt, wächst und aufblüht, wüdet jenseits der Sowjetgrenzen, wo das Kapital herrscht, die Wirtschaftskrisis, die den allgemeinen Verfall und die Verlegung des Kapitalismus widerpiegelt.

Pariser Berichte

Die Association des Emigrés Israélites d'Allemagne en France in Paris gab im Rahmen ihrer allwöchentlichen Mittwochveranstaltungen kürzlich ein Konzert. Die zahlreich erschienenen Zuhörer spendeten der ausgezeichneten Solistin der Padeloup-Konzerte, der Violinistin Tina Manteuffel

reichen Beifall. Die junge Künstlerin, die eine vollendete Technik mit großem Ausdrucksvermögen verbindet, brachte u. a. neben Werken von Bach und Beethoven Paganini den atemlos Lauschenden zu Gehör. Der italienische Bariton Roberto Spionbi erfreute das Publikum durch seinen weichen, innigen Vortrag italienischer Lieder, u. a. das beliebte „Caro mio ben“. Der die beiden Künstler begleitende Pianist Karl Elsky erntete nicht nur reichen Beifall wegen der meisterhaften Art seiner Begleitung, sondern das Publikum hatte auch Gelegenheit, ihm lebhafte Beifall zu spenden, als er sein großes musikalisches Können beim Vortrag einer von ihm komponierten Suite jüdischer Melodien zeigte.

Zwei große Channukah- (Makkaher) Feiern finden am Mittwoch, dem 5. Dezember, in Paris statt. Die Association des Emigrés Israélites d'Allemagne en France veranstaltet nachmittags um 3.30 Uhr im Festsaal Avenue Hoche Nummer 15 ein Kinderfest, bei dem etwa 100 Kinder festlich bewirtet und beschenkt werden. Außerdem werden Kinderfilme vorgeführt und ein Kasperle-Theater wird sicher bei den Kleinen und Kleinsten helle Freude erwecken. Der Pianist Karl Elsky wird Kinderlieder spielen. I. M. Blaustein wird mit jüdisch-humoristischen Vorträgen jung und alt zum Lachen bringen. Bei Tanz und Spiel werden die Stunden vergehen. Jedermann, groß und klein, ist als Gast willkommen — Eintritt frei —, leider aber können nur die Kinder beschert werden, deren Anmeldung rechtzeitig erfolgt ist und die besondere Eintrittskarten erhalten haben.

Im gleichen Saal findet dann abends um 8 Uhr eine Feier für die Erwachsenen statt. Hier ist vor allem an die reife Jugend gedacht, die bei den Klängen einer Jazzkapelle fleißig das Tanzbein schwingen soll. Ein buntes Kabarettprogramm sorgt für Abwechslung; freudige Ueberraschungen sind geplant. Eintritt frei. Gäste willkommen.

Deutscher Klub

Am Dienstag, 4. Dezember, 21 Uhr, spricht Dr. Kurt London, Mitarbeiter Schweizer Zeitungen, über „Französische, englische und deutsche Filme (Schauspiel- und Regiekunst) der Gegenwart. — Der Wettkampf um die Führung — Die deutsche Filmemigration in Paris“. Gäste willkommen, Eintritt für Mitglieder frei, für Gäste 2 Franken. Die Adresse des Deutschen Klubs lautet: Salons Le Péristyle, 31 bis, Rue Vivienne, Paris 2^e (Métro: Bourse).

Beteiligung

Tüchtigem Geschäftsmann (Emigrant) ist Gelegenheit geboten sich an seriösem Geschäft in großer Stadt der Schweiz zu beteiligen. (Große Gewinnchance). Offerten unter E.B. an die Expedition der „Deutschen Freiheit“ Saarbrücken

Für den Gehaltsinhalt verantwortlich: Robann Pity in Züri weiter; für Anzeigen: Otto Kubu in Saarbrücken. Notationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH, Saarbrücken & Schillingstraße 77 Saarbrücken.

Es kommen zu Wort: Der Großindustrielle Hermann Röchling. Der Führer der Deutschen Front, Pirro. Der Pfarrer Wilhelm. Der Vorsitzende der Handwerkskammer, Schmelzer. Gräfin von Roedern. Der Propagandaleiter der Deutschen Front, Peter Kiefer. Minister Zoricic. Drouard, Vorsitzender der französisch-saarländischen Handelskammer. Raspail, Direktor der Mines Domaniales. Dr. Velleman, Generalsekretär der Abstimmungskommission. Exzellenz Galli, Vorsitzender des Obersten Abstimmungsgerichtes. Dr. Martiner, General-Advokat beim Obersten Abstimmungsgericht. Landgerichtsdirektor Steinfelds. Johannes Hoffmann, Führer der katholischen Front. Max Braun, Vorsitzender der Sozialdemokraten. Fritz Pfordt und Philipp Daub, führende Funktionäre der Kommunisten. Julius Schwarz, Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes. Arbeiter und Bauern, Geistliche und Handwerker, Hausfrauen und Schulkinder, Kaufleute und Lehrer.

Inhaltsangabe: Mitten in Europa 1934. Deutsch sein. Hitler vor den Toren. Hier regiert der Völkerbund. Die toten Seelen. Kommt die Wirtschaftskatastrophe? Gleichschaltung der Sklaverei? Die Front der Schwankenden. Die katholische Fronde. Die Einheitsfront. Das andere Deutschland. Ein Würfel fällt an der Saar

Die Wahrheit über die Saar! Das Reportagebuch für jedermann!

180 Seiten, zweifarbiger Umschlag, bessere Ausgabe Fr. 12,— (Sfr. 2,40), billige Volksausgabe Fr. 6,— (Sfr. 1,20).

RING-VERLAG AG., ZÜRICH

Zu beziehen in allen Buchhandlungen oder bei der

Buchhandlung der Volksstimme G.m.b.H.

Saarbrücken 2, Trierer Straße 24 / Postscheckkonto Saarbrücken 619

HIER SPRICHT DIE SAAR

Ein Land wird interviewt von THEODOR BALK

- Dr. Hans Neikes
- Hermann Röchling
- Jakob Pirro
- Pfarrer Wilhelm
- Peter Kiefer
- Wilhelm Schmelzer
- Pfarrer Nold
- Minister Zoricic
- Exzellenz Galli
- Dr. Martiner
- Direktor Raspail
- Dr. Velleman
- Johann Hoffmann
- Max Braun
- Fritz Pfordt
- Philipp Daub
- Julius Schwarz
- Bergarbeiter
- Hausfrauen
- Hüttenarbeiter
- Landwirte
- Geistliche
- Schulkinder
- und viele andere